# Klassenkampf

**Kommunistisches Organ**

**für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"**

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 100845 Fritz Kreb, Halle

**Einzelpreis 15 Pf.** | **Halle, Montag, den 9. Februar 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 19**


# Die Leichenfledderer

## Die „Leipziger Volkszeitung" klopft Wels auf den Busch — Thränen und Wehegeschrei — Der 2-Milliarden-Goldkredit an die Ruhrindustriellen – Zuchthauskandidaten – Holzschiebende ‚Patrioten'

### Der Leichenfledderer Barmat

Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung" weiß in ihrer letzten Nummer (Sonntag, den 8. Februar) allerlei interessante Meldungen und Geschichten aus der Barmat-Kloake zu bringen. Sie berichtet z. B. über Julius Barmat, den Leichenfledderer der russischen Hungersnot. Die „Leipziger Volkszeitung" gibt diese Dinge nur andeutungsweise wieder. Wir lassen hier einen genaueren Bericht folgen:

„In Paris war im Jahre 1921/22 ein Komitee aus der russischen Emigration gegründet worden, das den Zweck hatte, durch Spenden die Hungernden der Ukraine zu unterstützen. Dieses Komitee wandte sich an die verschiedenen Regierungen um Hilfe und erhielt u. a. von der amerikanischen Regierung ein stattliches Heereslager in Marseille zur Verwertung. Der Erlös sollte also den Hungernden in der Ukraine zugute kommen. Herr Julius Barmat machte sich an dieses Geschäft heran, und das Ende vom Liede war, daß sämtliche Vermögen von Barmat in Amsterdam eine Menge dieser Waren zur „Verwertung" erhielten. Der Rest wurde einfach verschachert. In der Ukraine haben die Hungrigen keinen Rubel gesehen. Wir wissen alle längst, daß dort Millionen Menschen den Hungertod gestorben sind. Nun scheinen die Amerikaner und Franzosen dies alles in Erfahrung gebracht zu haben und die Komiteemitglieder werden seit einiger Zeit steckbrieflich verfolgt; sie sind aber in aller Welt verschwunden; nur Julius Barmat nicht. Vielleicht lassen sich heute in dieser Sache in Paris noch weitere Einzelheiten feststellen."

Nachdem die „Leipziger Volkszeitung" Julius Barmat charakterisiert und den Fall zur Notiz genommen hat, kommt sie auf Wels zu sprechen. Sie schreibt wörtlich:

### Wels als Laufbursche des bankerotten Barmat

„Der Prüfungsausschuß wird sich auch, **man möge das ruhig als Majestätsbeleidigung betrachten, wohl oder übel mit dem Genossen Wels beschäftigen müssen.** Schon unlängst vermielen wir auf eine merkwürdige Meldung von einem Brief aus der Feder Wels' **an den englischen Ministerpräsidenten Macdonald.** Im preußischen Untersuchungsausschuß ist diese Frage erneut behandelt worden. Der Brief kann nur **im Hochsommer des vergangenen Jahres** geschrieben worden sein. Wie wir nunmehr aus dem Bericht des Herrn Rostin und auch aus der gestrigen Nummer der „Berliner Börsenzeitung" erfuhren, **waren die Barmats bereits im September 1924 festgefahren.** Was erstrebte der Empfehlungsbrief des Genossen Wels an den englischen Ministerpräsidenten? Kamen wirklich nur Girogeschäfte in Frage,

**oder sollte in der englischen City das schon leck Barmat-Schiff wieder flottgemacht werden?"**

### Die Belohnung blieb nicht aus

„Am Donnerstag hatte der „Gewährsmann" der „Berliner Börsenzeitung" auf einen ebenso merkwürdigen Vorgang hingewiesen,

**der sich mit der plötzlichen Umwandlung einer Depositenkasse der Barmatschen Merkurbank am Kurfürstendamm beschäftigte.**

Das Lokal

**sei unentgeltlich dem Sohn des Genossen Wels**

zur Verfügung gestellt worden. Wir haben bis dato eine Erklärung des Genossen Wels vermißt. Demzufolge bleibt für alle Vermutungen jeglicher Raum. Aber eben darum hat sich der Prüfungsausschuß im Interesse der Partei eingehend auch mit dieser Frage zu beschäftigen."

### Wer nicht Barmatone ist, wird gestürzt

„In der Nummer des Berliner „Lokal-Anzeigers", die dem Genossen Bauer zum Verhängnis wurde, befand sich ein Aufsatz „Barmat-Wels-Wissell?" Bereits vor einigen Tagen hatte die „Deutsche Tageszeitung" auf eigenartige Zusammenhänge hingewiesen, die sich zwischen Barmat-Wels und dem damaligen Wirtschaftsminister Wissell abgespielt haben sollen. Ein Dr. Walter Schotte behandelte diese Fragen in aller Oeffentlichkeit. Der Genosse Wels hat bisher keine Veranlassung genommen, durch eine gerichtliche Klarstellung dieser Angelegenheit Aufklärung zu schaffen. Wenigstens ist uns darüber keinerlei Kenntnis geworden. Nach dem „Berliner Lokal-Anzeiger" ist

**Wels mit Barmat bei dem Reichswirtschaftsminister Wissell gewesen.**

Barmat habe um ein **„Monopol für die Einfuhr von Arbeiterkleidung"** nachgesucht. Nach weiteren Versionen handelte es sich um Textilien noch andrer Art. Genosse Wissell sei den Wünschen Barmat-Wels' nicht geneigt gewesen. Der „Lokal-Anzeiger" behauptet, daß Genosse Wissell das Verlangen Wels' mit dem Hinweis darauf **abgelehnt habe, er müsse erst seinen Referenten, den Unterstaatssekretär Dr. v. Moellendorf,** also seinen intimsten Mitarbeiter, darüber befragen. Dieser ist früher Rittmeister gewesen. Ob dieser Haltung hat sich Genosse Wels, nach dem „Lokal-Anzeiger", also geäußert:

**Bin ich nun ein Junge oder ein Mädchen? Leben wir nun in einer Republik oder in einer Monarchie, daß da erst ein Junker und ein Rittmeister befragt werden müssen?**

Eine höchst merkwürdige Auffassung, die da der Republikaner Wels zum Ausdruck brachte. Wenn die Republik nur da sein soll, um dem zweifelhaften „Sozialisten" vom Schlage Barmats die Geschäfte zu erleichtern, dann bedanken wir uns für derartige Republikaner.

**Aber damit nicht genug, man behauptet weiter, daß daraufhin Wissell gestürzt worden sei, daß er politisch kaltgestellt und durch den späteren Reichswirtschaftsminister, den früheren Gewerkschafter Robert Schmidt, ersetzt worden wäre.**

**Wenn der Vorsitzende der großen Partei seinen organisatorischen und politischen Einfluß benutzt, zweifelhaften „Sozialisten" vom Schlage Barmats die Geschäfte zu fördern, dann ist es höchste Zeit, daß sich die maßgebenden Instanzen mit diesen Vorgängen beschäftigen."**

### Die „Arbeiter-Zeitung", als Tränen- und Klageweib

Das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie hat in ihrer gestrigen Sonntagsausgabe einen großen Leitartikel geschrieben mit der Ueberschrift: „Der Fall Gustav Bauer." Darin vergießt sie heiße Tränen über das Elend, das die deutsche Sozialdemokratie erlitten hat. Sie schreibt:

**Und dennoch, so viel die Wirtschaftskatastrophe auch erklären mag: die psychologische Erklärung kann die Erschütterung nicht bannen, die jeden Sozialdemokraten der Welt in dem Augenblick befallen hat, in dem er vernahm, daß ein Mann wie Gustav Bauer, ein Mann, der einer der führenden Männer der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und der später Reichskanzler der deutschen Republik gewesen ist, in unverkennbaren, schmutzigen Beziehungen zu dem Chef eines der größten kapitalistischen Konzerne Deutschlands gestanden ist, daß ein führender Sozialdemokrat seinen politischen Einfluß zugunsten kapitalistischer Geschäfte auf Kosten des Staates mißbraucht hat.**

Die „Arbeiter-Zeitung" klagt weiter:

**Man kann es verstehen, wenn die Bourgeoispolitiker den Kapitalisten Geschäfte zuwenden, aber die Sozialdemokratie, die Partei des Proletariats, die Todfeindin des Kapitalismus, sie war doch immer und überall rein! In ihr, in der Partei Bebels, ein so erschütterndes Ereignis? Wie konnte das nur geschehen! Wie war es nur möglich, daß die Partei Heilmann nicht sofort vor die Wahl zwischen seinem Mandat und zwischen seinen Verwaltungsratsstellen gestellt hat!**

Die deutschen klassenbewußten Arbeiter werden über dieses Wehklagen der österreichischen Sozialdemokratischen Partei lachen. Was die „Arbeiter-Zeitung" als Wunder Gottes oder besser noch als Wunder des Satans hinstellen möchte, ist für den klassenbewußten Arbeiter nur eine Konsequenz des jahrzehntelangen Verrats der Sozialdemokratie. Die deutsche klassenbewußte Arbeiterschaft teilt nicht den tränenreichen Glauben der Austromarxisten, daß sich die deutsche Sozialdemokratie wieder sanieren werde. Sie weiß, daß dies nicht der Fall ist. Sie weiß, daß es nur einen Weg gibt, der Arbeiterschaft zu helfen. Dieser Weg geht über die Vernichtung und Liquidierung der Sozialdemokratischen Partei.

### Der 2-Milliarden-Goldkredit an die Ruhrindustriellen

Der Barmat-Skandal ist den Barmat-Parteien eine höchst unangenehme Angelegenheit. Sie suchen mit aller Gewalt, um sich selbst zu entlasten, neue Skandale aufzudecken. Gab ihnen vor einiger Zeit noch der 715-Millionen-Kredit Anlaß, ein großes Geschrei zu erheben, das aber heute verstummt ist, weil jedes Kind weiß, daß die Sozialdemokratie selbst an dem Beschluß, dies Geld der Schwerindustrie auszuhändigen, beteiligt gewesen ist, so bringen die Sozialdemokraten und die Demokraten in den gestrigen Zeitungen einen neuen Skandal auf das Trapez. Es handelt sich um den 2-Milliarden-Goldmark-Kredit an die Schwerindustrie während des Ruhrkrieges. Das „Berliner Tageblatt" meldet darüber:

**„Die Hilfskasse, abgekürzt Hika, war eine Organisation, die bald nach Beginn des Ruhrkampfes begründet und dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt wurde. Reichswirtschaftsminister war damals der volksparteiliche Abgeordnete Becker, der die engsten Verbindungen mit der Schwerindustrie unterhielt. Als die Industrie infolge der französischen Ruhraktion in ihren Produktionsmöglichkeiten beschränkt wurde und die Arbeitsmöglichkeit schwand, sprang die Hika mit Krediten ein, die direkt den betreffenden**

**Ruhrindustriellen zugeführt wurden. Minister Becker lehnte es ab, die Kredite auf wertbeständiger Grundlage zu berechnen.**

Die großen Firmen des Ruhrgebiets machten von dieser Kreditmöglichkeit recht eifrig Gebrauch. Sie bauten mit Hilfe dieser Gelder ihre Werksanlagen aus und wandelten die Papiermark auch in Devisen um. Besonders reich wurde die nordwestdeutsche Gruppe der Eisenindustrie von Köln bis Dortmund mit Krediten bedacht. Darunter vornehmlich die Firmen Otto Wolff, Rheinstahl, Union und andere, um nur einige zu nennen. Im ganzen sind es etwa über hundert gewesen. Die Hika wurde im Reichswirtschaftsministerium zuerst von Regierungsrat Loebe und dann von Oberregierungsrat Josten verwaltet.

**Diese Kredite, die später mit einigen Goldpfennigen oder mit einigen wertlosen Papierfetzen zurückbezahlt wurden, überstiegen bei weitem die den Ruhrindustriellen später, ohne Wissen des Reichstags gewährten sogenannten Entschädigungssummen von 700 Millionen Mark. Es dürfte sich dabei um mehr als zwei Goldmilliarden, in Worten zweitausend Goldmillionen handeln, die der Ruhrindustrie vor vor allen anderen späteren Unterstützungsaktionen auf dem Wege der Papiermarktredite vom Reiche geschenkt wurden."**

Daß die Sozialdemokraten und Demokraten ausgerechnet jetzt dieses Verbrechen „aufzudecken" oder „zu enthüllen" belieben, zeigt an, in welcher Verlegenheit sich diese Parteien wegen des Barmat-Skandals befinden. Als während des Ruhrkrieges dieses Verbrechen an der arbeitenden Bevölkerung und am gesamten deutschen Mittelstand begangen wurde, haben die Sozialdemokraten nichts dagegen getan. Trotzdem sie damals nicht in der Regierung saßen, haben sie mit Cuno Burgfrieden geschlossen. Die Demokraten und Sozialdemokraten haben das Recht verwirkt, sich in irgendeiner Weise über die Verbrechen des Ruhrkrieges moralisch zu entrüsten, nachdem sie den Ruhrkrieg und alles, was damit zusammenhängt, gedeckt haben. Jeder klassenbewußte Arbeiter wird dieser Heuchlerbande die Maske vom Gesicht reißen und ihr den verdienten Fußtritt versetzen.

### Der Hoesse-Stresemann-Sumpf

**Berlin, 8. Februar.**

**Die Enthüllungen stocken noch immer nicht. Aus der Tätigkeit der Depositen- und Handelsbank A.-G. im Jahre 1923 erfährt man Dinge, die nicht nur eine schwere Verletzung der Strafgesetze, sondern auch der damaligen Devisengesetze darstellen. Wolpe, Klikotka und Goldenberg sind die Namen der Bankherren, die aus dem Sumpfe auftauchen. Ihre Geschäfte sind so verschleiert worden, daß es selbst den findigsten Gerichten schwer fällt, nicht im Dunkeln zu tappen. Die Bank hatte 1923 vom Postministerium einen Auftrag zum Ankauf von Gold für Reichsstellen erhalten. Schon nach ganz kurzer Zeit konnten die Genannten mit Hilfe der von ihnen angestellten Goldankäufer, Goldschieber usw. große Zwischenverdienste einheimsen, die**

**mit einer halben Million pro Tag**

**angegeben werden. Insgesamt soll der Schaden infolge von Zuschinterziehung und einem Tausend-Kilo-Gold-Geschäft 10 Millionen Mark übersteigen. Das Verkehrsministerium war nämlich den Bankherren aufs Glatteis gegangen und hatte einen Adolf Henies aus Holland mit dem Ankauf des Goldquantums beauftragt. Der Auftrag selbst bedeutet eine frappante Verletzung des Devisengesetzes. Was war natürlicher, als daß die Beamten des Ministeriums nun ganz in Abhängigkeit gerieten. Am 17. Dezember 1923 wurde dem Ministerium eine Rechnung über 5,4 Trillionen Mark für die bewußten 1000 Kilo präsentiert, obwohl das Gold gar nicht geliefert war. Schließlich sah sich das Ministerium gezwungen, mit dem Bankhause Bruno Philipp einen Vertrag abzuschließen, dahin lautend, daß das Bankhaus 1000 Kilo Gold erhalten habe. Auch dieses widersprach den Tatsachen. Es zahlte dem Verkehrsministerium aber 1½ Millionen in Goldmark, doch keineswegs in bar, sondern in Effekten, die irgendwo hinterlegt wurden. Wolpe, Klikotka und Goldenberg sind dann**

**plötzlich aus Deutschland verschwunden**

**und der Geh. Hof- und Finanzrat Richard Weber übernahm die Bereinigung. Auch hierbei soll das Postministerium mit einem Kredit von 5 Millionen Goldmark hineingelegt worden sein. Die Bürgschaft leistete ein Herr Alfred Mannesmann. Zu guterletzt wurde das beanstandete Material über die holländische Grenze geschafft. Klikotka soll es inzwischen gelungen sein, in Holland die Staatsangehörigkeit zu erwerben.**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250209-13/fragment/page=0001

## Die Zuchthauskandidaten Hoesle und Lange-Hegermann

### Verhandlung über Postkredite vertagt

**Der vom Reichstag eingesetzte Untersuchungsausschuß über die Verwendung von Reichsgeldern und die damit zusammenhängenden Kreditaffären beschloß in seiner gestrigen Sitzung einstimmig, auf Antrag des Abgeordneten Pfieger (Bayr. Vp.), die Verhandlung über die Postkredite vorläufig zu vertagen. Den Anlaß zu diesem auffallenden Beschluß gaben Mitteilungen der Staatsanwaltschaft an den Untersuchungsausschuß, aus denen sich ergab, daß die Eröffnung einer strafgesetzlichen Untersuchung gegen den früheren Reichspostminister Hoesle unmittelbar bevorsteht.**

**Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß dem Reichstag schon in den nächsten 48 Stunden von der Staatsanwaltschaft ein Antrag auf Aufhebung der Immunität für den Abgeordneten Hoesle zugehen wird. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß die Untersuchung der Staatsanwaltschaft auch auf den Zentrumsabgeordneten Lange-Hegermann ausgedehnt wird. Lange-Hegermann und Hoesle haben zwar auf Wunsch ihrer Fraktion ihre Reichstagsmandate „ruhen" lassen, seitdem bekannt wurde, daß sie in die Finanzaffäre verwickelt sind, aber formal gehören sie noch dem Reichstag an.**

## Die profitablen Holzgeschäfte der Himmelsbach A.-G. mit dem „Erbfeind"

Berlin, 8. Februar.

Im großen Schwurgerichtssaal in Moabit kommt augenblicklich ein Prozeß zur Verhandlung, der sich formell um eine Beleidigungsklage dreht, **die der Vorsitzende der Himmelbach A.-G., einer der größten europäischen Holzhandlungen**, gegen den Herausgeber der Zeitschrift **„Der Holzmarkt"**, Otto Firnbach, angestrengt hat. Der wirtschaftliche und politische Hintergrund dieses Prozesses aber wirft ein bezeichnendes Licht auf den **„Patriotismus"** der deutschen Kapitalisten, die sich nach Abbruch des passiven Widerstandes beeilten, mit dem „Erbfeind" höchst profitable Sachlieferungsgeschäfte abzuschließen. Aus der bisherigen Verhandlung geht hervor,

**daß die Firma Himmelsbach und noch elf andere Firmen in Koblenz mit den Franzosen im Dezember 1923 einen Geheimvertrag über sogenannte „Zusatzholzschläge" unterzeichnet haben.**

Hinter dem Rücken ihrer „Geschäftsfreunde" schloß die Firma noch zwei weitere Verträge ab, die nach Aussage eines Forstsachverständigen für die Firma **außerordentlich günstig waren.** Die Bezahlung der Lieferungen geschah nicht in bar, sondern

**die Franzosen überwiesen den deutschen Holzfirmen Teile deutscher Staatsforsten zu Ausbeutung.**

Mit solcher Eile machte sich die Firma Himmelsbach an das Geschäft der Ausplünderung der Staatsforsten, daß sie, obwohl die Verträge **eine dreijährige Lieferungsfrist** vorsahen, **in acht Wochen 80 000 Festmeter von den der Firma zugewiesenen 112 000 geschlagen hatte.**

Als Begründung für diesen unerhörten Raubbau an Staatseigentum führte die Verteidigung der Firma Himmelsbach A.-G. an, daß man den Verträgen zugestimmt habe, um „noch größere Verheerungen" zu verhüten. Der Prokurist der Firma Himmelsbach A.-G. verstieg sich sogar zu der Behauptung, **„nur um den hungernden Arbeitern Brot zu schaffen"**, habe man sich schweren Herzens damit abgefunden. Die Ausbeuter sind nie darum verlegen, ihre Ausplünderungsmethoden mit volksfreundlichen Phrasen zu bemänteln. Der Konkurrenzneid der von der Firma Himmelsbach hinters Licht geführten Geschäftsfreunde ist der wahre Grund dafür, warum dieser neue Skandal ans Licht gekommen ist.

Korruption, Ausplünderung der Massen wohin man blickt. Wann wird die Arbeiterschaft sich aufraffen, um diesen Skandalen ein Ende zu machen? Man kann darauf gespannt sein, ob der Staatsanwalt gegen die kompromittierte Firma, die augenblicklich noch als Kläger auftritt, ein Verfahren wegen Landesverrats einleiten wird.

## Bolschewismus und Terror

Die Kampagne, die neuerdings gegen Sowjet-Rußland eingesetzt hat und wieder alte Terrorgeschichten aufwärmt, der „Tscheka"-Prozeß, der gegen die KPD. im Anzug ist, machen die Frage des Verhaltens der Bolschewiki zum Terror wieder einmal aktuell. Es ist daher angebracht, den Standpunkt der Bolschewiki kennenzulernen. Die Redaktion.

Für unsere russische Bruderpartei war die Frage Terror und Gewaltanwendung von Anfang an von viel entscheidenderer Bedeutung als für die westeuropäische Sozialdemokratie, hatte ja die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Befreiungsbewegung das historische Erbe der „Narodnaja Wolja" übernommen, der Partei des zaristischen Rußland, die mit ihren Terrorakten die Potentaten der ganzen Welt in Atem gehalten hatte. Ein Mann, den die russischen Bolschewiki als den Vorläufer der revolutionären Arbeiterbewegung ehren, Stepan Chalturin, der Gründer des „Nordischen Verbandes der russischen Arbeiter" (1879), war auch derjenige, der das berühmte Sprengattentat im Winterpalais unternommen hatte. Die Gestalt Chalturins steht auf einem Scheidewege: von nun ab erstarkt die russische proletarische Massenbewegung auf dem Boden des Marxismus, und der persönliche Terror als Kampfmethode wird liquidiert.

Doch die Russische Sozialdemokratische Partei mußte im Verlauf von Jahrzehnten wiederholt zur Frage des Terrors Stellung nehmen, namentlich in ihrem Kampfe gegen die Partei der Sozialrevolutionäre, die als Fortsetzer der alten Terroristen-Partei, der „Narodnaja Wolja", bis in die Tage der Revolution mit Mitteln des Terrors gegen den Zarismus kämpfte, um nach der Revolution mit denselben Mitteln gegen die Sowjetregierung den Kampf fortzusetzen.

Das zaristische Rußland war vielleicht neben Spanien und dem Balkan das klassische Land des politischen Terrors in der modernen Geschichte. Als die Ermordungen der Minister Plehwe, Sipjagin und des Großfürsten Sergei den Herrschenden das Blut in den Adern erstarren ließen, galt es für die Partei der Arbeiterklasse vor allem, eine scharfe Grenzlinie zu ziehen zwischen den Terroristen und der Arbeiterklasse, die auf den Sturz dieses Regimes abzielte. Lenin befaßte sich mit Fragen des Terrors schon in der alten „Iskra". Als der Student der Universität Kiew Balmaschow, Mitglied der sogenannten Kampforganisation der Sozialrevolutionäre, am 2. April 1902 den Innenminister Sipjagin niederknallte, schrieb Lenin in einem Artikel, betitelt „Das revolutionäre Abenteurertum" die Worte:

„Die Sozialrevolutionäre merken naiverweise nicht, daß ihre Neigung zum Terror in engster kausaler Abhängigkeit von der Tatsache steht, daß sie von Anfang an abseits von der Arbeiterbewegung standen und stehen, und nicht einmal bestrebt sind, zu einer den Klassenkampf führenden Klassenpartei zu werden." (Werke, Band IV. S. 118 ff.)

Die anderen wiesen darauf hin, daß die Kugel, von der der einzelne getroffen werde, zwar nicht das System beseitigt, jedoch der Kampfesmut angefeuert würde. Auch dies ließ Lenin nicht gelten, er schrieb:

„Nur die neuen Formen der Massenbewegung oder die Erweckung zum selbständigen Kampf neuer Schichten der Masse rufen in allen Kampfgeist und Mut wach. Jedoch Zweikämpfe, insbesondere wie der Balmaschows, erzeugen eine vorübergehende Sensation und führen unmittelbar sogar zur Apathie, zum passiven Warten auf den nächstfolgenden Zweikampf."

Der Leninismus konnte auch deshalb nur zur wahren Weltmacht werden, weil er als einzige Kampfmethode die Organisation des Proletariats anerkannte und den Individualterror als „Abenteurertum" ablehnte. Lenin schreibt in dem oben zitierten Artikel 1902:

„Die Sozialdemokratie wird stets vor Abenteurertum warnen und die Illusionen entlarven, die unvermeidlich mit Enttäuschung enden müssen."

Erinnerlich sind jene Exzesse des Verrats, der Revolutionsspielerei und der Lockspitzelorgien à la Asew, die wie ein blutiger Hintertreppenroman in Westeuropa anmuteten und die „Kampforganisationen" der Sozialrevolutionäre, Anarchisten usw. zur Liquidierung brachten. Der Bolschewismus hielt sich stets rein von dieser ganzen Revolutionsromantik und arbeiteten an der Massenbewegung weiter.

Im Laufe ihre 25jährigen Tätigkeit hat die Leninsche Partei bewiesen, daß sie nicht mit Dolch, Revolver und Gift im Einzelterror arbeitet, sondern einzig und allein mit den Methoden der revolutionären Massengewalt, mit den Mitteln der Revolution. Am Tage nach der siegreichen Revolution des Proletariats galt es nun, praktisch Stellung zu nehmen zum Massenterror. Noch war das Proletariat friedfertig und kannte keine Rachsucht. Die während des Umsturzes gefangen genommenen Generale, die russischen Ludendorffs, die Krasnow und Dutow, ließ man einfach laufen. Aber diese Gutmütigkeit rächte sich schwer. Die Generale, die sich an die Spitze der Konterrevolution stellten, haben unzählige Menschenleben auf dem Gewissen. Erst der Blutrausch der Weißen hatte als Reaktion und Abwehrmittel den Roten Terror zur Folge. Die Tscheka, als Organisation zur Bekämpfung der Konterrevolution, mußte in Funktion treten erst nachdem die Koterrevolution unzählige Werte an Blut und Gut vernichtet hatte. Die deutschen Arbeiter, auch die sozialdemokratischen, bereuen jetzt noch, daß sie im Oktober 1918 nicht so klug waren. Die Sowjetregierung hat nie ein Hehl gemacht aus den Repressionsmaßnahmen, die sie im Interesse der Revolution ergriff, doch hat sie sich stets von allen Akten individuellen Terrors abgegrenzt. Als der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Mirbach, von der Kugel des Sozialrevolutionärs Blumkin niedergestreckt wurde, sollte mit dieser Kugel die Sowjetmacht getroffen werden, die SR. arbeiteten schon als Feinde der proletarischen Regierung.

Zum letzten Male hatte die Sowjetregierung Gelegenheit, der Frage des Individualterrors ins Auge zu schauen im Prozeß Sawinkow, als das revolutionäre Abenteurertum, von dem Lenin vor mehr als 20 Jahren sprach, seinen letzten Einsatz verspielt, endgültig verspielt hatte. Der Individualterror als politische Waffe war gerichtet.

Es gibt einen prägnanten Fall, wo die Bolschewiki den Terrorakt ablehnten, selbst als er sozusagen aus den eigenen Reihen kam, d. h. aus der 2. Internationale, zu der die russische Sozialdemokratie ja auch gehörte. Als Fritz Adler, der jetzige Sekretär der 2. Internationale, den Grafen Stürgkh niederschoß, um damit, wie er glaubte, die österreichische Arbeiterbewegung vorwärts zu treiben, schrieb Genosse Sinowjew: „Adler hat nicht den allerbesten Weg gewählt... Sein Schritt war nicht der richtige Schritt." („Gegen den Strom", S. 529.) Genosse Sinowjew betont:

**„Unser Weg ist ein anderer: es ist der Weg Liebknechts und Maranows, d. h. der Weg der Abgeordneten, die nicht mit einem Schuß auf einen Grafen, sondern durch eine revolutionäre Aktion den Kampf gegen den Krieg aufnehmen. Zu den Massen!"**

Mit diesem Rufe beschließt Genosse Sinowjew seinen Artikel über Adlers Schuß. Das ist dieselbe Parole, die auch die Kommunistische Internationale ausgegeben hat, **die Parole, von der einzig und allein alle kommunistischen Parteien sich leiten lassen** — trotz aller Verleumdungen und „Tscheka"-Kampagnen der Bourgeoisie.

# Die internationalen Getreidespekulanten am Werk

Wie wir erfahren, steht eine starke Brotpreiserhöhung in Deutschland in allernächster Zeit bevor. Schon ist in Dresden bereits der Brotpreis heraufgesetzt worden. In Berlin ist vorläufig das Gewicht des Brotes geringer geworden.

*

Die internationalen Getreidespekulanten sind an der Arbeit. Von allen Getreidemärkten wird eine fieberhafte Hausse gemeldet. Schon haben sich die Getreidenotierungen an der Chikagoer, Neuyorker und Londoner Börse in Brotpreiserhöhungen umgesetzt. Aus Paris, aus Prag, aus Warschau, aus London und Wien werden bereits steigende Brotpreise gemeldet. Aus Dresden meldet man dasselbe. In Berlin hat man, besorgt um die Stimmung der Arbeiterschaft, bis jetzt den Brotpreis **nicht heraufgesetzt**, aber dafür das Gewicht jedes Brotes vermindert, **was natürlich auf das gleiche hinausläuft.**

Dresden und Berlin werden andere Städte folgen und gar bald ist eine allgemeine Brotpreissteigerung da. Zuma! die deutschen Junker das Börsenschieben ebensogut verstehen, wie die Börsenwölfe in Chikago und London.

**Sie haben es verstanden, den deutschen Getreidepreis seit Juli um 100 Prozent zu steigern.**

Die Entwicklung der Getreidepreise an der Berliner Börse seit Juli geht aus folgender Tabelle hervor:

Berliner Preise für Getreide ab märkischen Stationen

| | in Mark die Tonne, Mittelpreise | |
|---|---|---|
| | Weizen | Roggen |
| 10. Juli 1924 | **144** | **134** |
| 1. September 1924 | 211 | 173 |
| 1. November 1924 | 196 | 196 |
| 1. Dezember 1924 | 221 | 208 |
| 2. Januar 1925 | 237 | 233 |
| 25. Januar 1925 | 268 | 265 |
| 29. Januar 1925 | **277** | **275** |

Chikago

| Cents den Bushel (= 36,34 Liter) | | |
|---|---|---|
| 10. Juli 1924 | **127** | **93** |
| 1. September 1924 | 123 | 88 |
| 1. November 1924 | 140 | 118 |
| 1. Dezember 1924 | 154 | 134 |
| 2. Januar 1925 | 176 | 153 |
| 25. Januar 1925 | **196** | **176** |

Seit August steigerten also die Junker systematisch die Getreidepreise. Bereitwilligst kam Herr v. Kanitz ihnen zu Hilfe. Er versprach und gab, was ihr Herz begehrte. **Hochschutzzölle** stellte er in Aussicht, erlaubte **die Getreideausfuhr** und finanzierte **obendrein** die Ernährungssabotage der Junker **durch billige Staatskredite.** Die deutschen patriotischen Junker haben, solange **die Weltmarktpreise höher waren als in Deutschland, das Getreide, das Deutschland** in einem so schlechten Erntejahr wie diesem, **doppelt nötig hat**, ausgeführt um höhere Profite willen.

**Sie halten heute noch das Getreide in den Scheunen zurück damit die Preise weiter in die Höhe steigen.**

Im letzten Monat allein ist

**eine 50prozentige Steigerung des Getreidepreises an der Berliner Börse erfolgt.**

Die irrsinnige Spekulation der internationalen Börsenjobber nutzen die Junker weidlich aus, da sie ganz genau wissen, daß Deutschlands Bedarf an ausländischem Getreide in diesem Jahre durch die Mißernte und ihre Auslandsverkäufe besonders groß ist. Ja, sie nahmen sogar schon die Preissteigerungen an den internationalen Märkten **vorweg.**

**So betrug am 25. Januar der Chikagoer Preis für eine Tonne Weizen etwa 223 Mark, während in Berlin eine Tonne Weizen mit 268 Mark notiert wurde.**

Der Leidtragende dieser ungeheuren Getreideteuerung ist das Proletariat in Stadt und Land. Die Arbeiterschaft **wird gar bald die Machinationen der internationalen Getreidespekulanten und der** deutschen Junker am Brotpreis zu spüren bekommen. Gegen **diese** Ausplünderung, diesem neuen Raubzug **des Agrarkapitals auf die** Taschen der breiten Massen, muß das Proletariat sich wehren, will es nicht den Hungerriemen noch fester schnallen, **seine Lebenslage noch** weiter verschlechtern. Ueberall müssen die Arbeiter ausreichende Lohnerhöhungen fordern. Lohnerhöhungen, die den Getreidepreissteigerungen der letzten Zeit entsprechen.

**Zum 28. Februar sind Lohn- und Arbeitszeitabkommen für die Bergarbeiter, Metallarbeiter und Eisenbahner abgelaufen.**

Die Arbeiterschaft muß daher in den Betrieben sofort Stellung zur Lohnfrage nehmen und den Kampf organisieren:

**Um eine Mindestlohnerhöhung von 40 Prozent!**

**Um Achtstundentag und Siebenstundenschicht!**

## Die Bremer Sozialdemokratie schändet das Denkmal der Revolutionäre

(Eig. Drahtm.) Bremen, 9. Februar.

**Nachdem die Kommunistische Partei am 4. Februar zu Ehren der Revolutionsopfer eine wuchtige Demonstration veranstaltet hatte, rief am Sonntag die SPD. zu einer Gedächtnisfeier auf. Das bedeutete offensichtliche Leichenschändung, denn die SPD. hatte 1919 die Gerstenberg-Division herbeigeholt und mit dem Bürgertum gemeinsam die 28 Revolutionäre gemordet. Die KPD. schützte im Einvernehmen mit den Hinterbliebenen die Gräber durch eine Totenwache. Die SPD. und schwerbewaffnete Reichsbannerzüge rückten an. Ihnen wurde bedeutet, daß nicht hier, bei den von ihnen gemordeten Revolutionären, sondern bei den Gräbern der Gerstenberger ihr Platz sei. Die SPD. wagte nichts zu unternehmen, holte aber ein großes Aufgebot Polizei herbei, und diese fielen mit den Reichsbannerleuten über die Kommunisten und Hinterbliebenen der Revolutionsopfer her. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest. Der Rote Jungsturm bestand seine Feuerprobe glänzend.**

## Aufruf an das mitteldeutsche Landproletariat!

**Kollegen und Kolleginnen!**

**Der Sturmangriff der Agrarier gegen die Front der ausgebeuteten Landarbeiter hat einen großen Sieg davongetragen. Die mitteldeutschen Landarbeiter sind nur zu einem geringen Bruchteil in vier verschiedenen Organisationen organisiert. Die Führer der Gewerkschaften von der Amsterdamer Richtung haben durch ihre Wiederaufbaupolitik der reaktionären Front der Agrarier Stoßtruppdienste geleistet. Sie unterstützen die Unternehmer in ihrem Angriff gegen die Landarbeiter, indem sie die Einheitsfront der ausgebeuteten Landarbeiter durch Ausschluß der klassenbewußten Kollegen im Landarbeiterverband die Pfeiler zum Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft zerschlagen.**

**Die am 8. Februar in Halle tagende Konferenz der revolutionären Mitglieder des DLV. und des VLWD. ermahnen in der Stunde höchster Gefahr das mitteldeutsche Landproletariat, den Kampf mit allen Mitteln aufzunehmen zur Schaffung der unbedingten gewerkschaftlichen Einheit, zum Zwecke der Verbesserung der trostlosen Verhältnisse unter dem Landproletariat. Die anwesenden Kollegen des VLWD. und des DLV. reichen sich brüderlich die Hände zum gemeinsamen Kampf. Sie stellen den Kampf um die Gewerkschaftseinheit höher als die persönliche Meinung des Einzelnen, soweit sie hier und da noch abweichend sein sollte. Die Schikanen der reformistischen Führer im DLV., die sich gegen die Gewerkschaftseinheit richten, haben nur den einen Zweck: die Massen von ihrem Ziel abzubringen und den Interessen des Unternehmertums zu dienen.**

**Wir rufen Euch in dieser Stunde zu: Unterstützt uns in unserem Kampf gegen jede Spaltung, gegen die Ausschlußabsichten der Reformisten! Tretet ein:**

**Für die Einheit aller Landarbeiter im DLV.,**
**für die Schaffung revolutionärer Gutsräte in allen Betrieben,**
**für einen menschenwürdigen Lohn,**
**für eine durchschnittliche achtstündige Arbeitszeit,**
**für die Beseitigung der Zwangsarbeit der Frauen,**
**für die Beseitigung der Kinderarbeit für Kinder unter 14 Jahren,**
**für die Erhaltung und Förderung der Erwerbslosenfürsorge,**
**für die Beseitigung der uns versklavenden Arbeitsgemeinschaftspolitik,**
**für den entschiedenen Klassenkampf,**
**für die internationale gewerkschaftliche Einhei**
**für die Weltrevolution!**

*

Vorstehender Aufruf wurde von der gestern Sonntag, dem 8. Februar, in Halle tagenden gemeinschaftlichen Konferenz von Vertretern des VLWD. und des DLV. einstimmig angenommen.

## Roter Landsonntag der Großberliner Arbeiterschaft

(Eig. Drahtm.) Berlin, 9. Februar.

**Zu Tausenden waren am gestrigen Sonntag Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen hinausgezogen in die Provinzstädte nach Bernau, Zossen, Velten und Straußberg, um dort zu werben für die KPD., um zu wirken im Geiste Lenins, um das Bündnis zwischen Stadt und Land zu festigen. Nach ihrer Ankunft sammelten sich in einzelnen Städten, unter regster Anteilnahme der werktätigen Einwohner, imposante Demonstrationszüge. Großen Eindruck machten vor allem die in straffer Disziplin aufmarschierenden Abteilungen des Roten Frontkämpfer-Bundes, des Roten Jungsturms, Jung-Spartakusgruppen und die zahlreichen Frauen mit roten Kopftüchern. In Zederitz bei Berlin fühlten sich einige Dutzend Reichsbannerleute durch anrückende rote Arbeiterbataillone bedroht und flüchteten sich in die Arme der zahlreich erschienenen Landjäger. Dieser rote Landsonntag kann als ein Erfolg für die kommunistische Idee und für die einzige Arbeiterpartei, die KPD., gebucht werden. Es ist dem Landproletariat gezeigt worden, daß die Kommunisten nicht nur zu den Wahlen zu ihnen kommen, um Stimmvieh zu fangen, sondern ständig das feste Bündnis zwischen Stadt und Land anstreben.**

Der Bericht von der Bezirkskonferenz des Roten Frontkämpfersbundes erscheint später.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250209-13/fragment/page=0002
DFG

# Hinein in die freien Gewerkschaften!

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Die kommenden unvermeidlichen Lohnkämpfe erfordern eine starke gewerkschaftliche Einheitsfront. Es muß endlich den systematischen Bestrebungen der Industriellen, den Reallohn zu senken und die Arbeitszeit zu verlängern, ein Ende bereitet werden. Diese Notwendigkeit muß jeder Werktätige einsehen. Die Parteigenossen müssen ihren Ekel vor den reformistischen Führerklüngel überwinden und diese Herrschaften etwas Feuer auf den Frack geben. Diese hartgesotenen Demagogen dürfen ihr frivoles Spiel mit den Arbeitermassen nicht so weiter treiben wie bisher. Wir dürfen nicht eher ruhen, bis die Stunde der Abrechnung kommt, und wir sie zum Teufel jagen können.

Bis dahin müssen wir alle Kräfte mobil machen und versuchen in den Funktionärkörper der Gewerkschaften die Mehrheit zu erhalten. Auch der letzte Arbeitskollege muß Mitglied der Gewerkschaft werden. Deshalb müssen wir die Agitation im Betriebe verstärken und auch versuchen, unseren Einfluß in den Gewerkschaften zu vermehren. Wir haben die Zeit für uns, denn die Auswirkungen des Londoner Sklavenpaktes machen sich schneller bemerkbar als man annehmen konnte.

Vor allen Dingen ist eine klare Problemstellung notwendig. Der Versuch der Reformisten, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen und uns von unseren Forderungen (Gotha, mitteldeutsche Betriebsrätekonferenz des Bergbaus) abzuhalten, muß scheitern. Nicht die äußere Etikette der bürgerlich kapitalistischen Staatsform, ob Monarchie oder Republik, unter der die Ausponerung der werktätigen Massen stattfinden, sondern die Ausbeutungsmethoden selbst und die Korruption des bürgerlich kapitalistischen Klassenstaates sind von Wichtigkeit. Das Schwergewicht des Kampfes müssen wir dann selbstverständlich aus dieser Erkenntnis heraus in die Betriebe verlegen. Die Diktatur der Schwerindustrie und der Großagrarier ist nicht mehr zu verbergen. Der getreue Fridolin der Bourgeoisie, die SPD., ist ja nur die Steigbügelhalterin der Reaktion gewesen, die jetzt glaubt, fest im Sattel zu sitzen. Ein Skandal löst den anderen ab und zeigt den Arbeitern, wie verankert die SPD. und mit ihr natürlich die Gewerkschaftsbonzen in den kapitalistischen Sumpf sind. (Barmat, Ruhrkredite usw.)

Die Burgfriedensprediger und Arbeitsgemeinschaftler haben ein gerütteltes Maß von Schuld an unserem Elend. Der Gedanke der Erhaltung des bürgerlichen Klassenstaates wurde 1918 unter der Parole: „Ruhe und Ordnung" von den berufsischen Streikabwürgern, den Gewerkschaftsführern verstärkt unter die Arbeitermassen geworfen. Als die Proleten vom Stahlhad heimkehrten, hatten sie ein falsches Ruhebedürfnis und ließen sich vertrauensvoll die Waffen aus den Händen nehmen, die sie hätten gegen ihre Ausbeuter richten müssen. Heute rächt sich das. Die wenigen klaren Köpfe (Liebknecht, Luxemburg) wurden gemordet, da sie dem Proletariat den richtigen Weg wiesen, den es zu gehen hatte. Es ist eine lange Kette des Verrates seit 1914, den diese Buben an uns verübt haben. Der Verlauf des Magdeburger Prozesses muß auch den Dümmsten die Augen öffnen. Wenn wir 1918 mangelhaft oder gar nicht informiert waren über die Machinationen der prominenten „Arbeiterführer", so kann heute diese Ausrede nicht gelten, denn es ist unsere Pflicht, unsere Arbeitskollegen über die innere und außenpolitische Lage und über die Gewerkschaftsfrage richtig zu orientieren, wenn wir revolutionäre Kämpfer sein wollen.

Das Antnüpfen an unsere Tagesbedürfnisse der werktätigen Bevölkerung ist unsere vornehmste Pflicht, ohne dabei das Endziel, die Diktatur der Schaffenden, zu vergessen. Wir müssen alle „Hetzer" werden und überall das Sprachrohr der Millionen der Ausgebeuteten verkörpern und uns an die Spitze des unbedingt notwendigen unerbittlichen Klassenkampfes stellen. Wir müssen den Arbeitsbruder von der Illusion befreien, daß die SPD. und die Gewerkschaftsbonzen noch etwas mit dem Proletariat zu tun haben. Sie sind genau so zu bekämpfen wie unsere Klassenfeinde, die Kapitalisten. Ein verirrter Klassenbruder, der kein Kampfesgenosse, ist eigentlich sein eigener Feind und mithin auch der unsrige. Es kann nur eine Front geben, die rote Klassenkampffront. Prangert bei jeder Gelegenheit den Verrat an, den sie an uns verüben und tragt so dazu bei, Klarheit in die Hirne der Arbeitskollegen zu bringen!

Gerade deshalb aber müssen wir in die Gewerkschaften, damit diese gezwungen werden, ihre opportunistische Politik aufzugeben. Verlangt, daß sie den Kampf aufnehmen für eine 40prozentige Lohnerhöhung und sich einsetzen für den Achtstundentag. Kampfziele gibt es genug, daran kann es nicht mangeln. Seht ihnen nicht auf die Lippen und laßt Euch nicht von ihren Worten einlullen, sondern beurteilt sie nach ihren Taten und duldet keine Verschleppungsmanöver.

Es ist eine harte Arbeit, die vor uns liegt, und sie wird sich nicht zeitbungslos durchsetzen lassen. Aber der Erfolg kann nicht ausbleiben, wenn wir von der Notwendigkeit intensiver Arbeit überzeugt sind. Nicht nur auf Grund revolutionärer Disziplin, sondern vor allem klarer Erkenntnis, daß die Gewerkschaften und die Betriebe die Grundlagen des Kampffeldes in der Zukunft sein müssen, werden wir als überzeugte Klassenkämpfer, als tätige Genossen in die Gewerkschaften neues Leben hineinzubringen wissen.

Die Gewerkschaften sind die Basis, um unsere elementarsten Forderungen durchzusetzen. Erst wenn wir die Herrschaft über die Produktion erobert haben, und die Vormachtstellung der Unternehmer endgültig gebrochen ist, beginnt der Aufstieg des Proletariats. Der Betrieb muß unsere Burg werden. Kein bürgerlich-kapitalistisches Parlament bringt dem Proletariat die Befreiung aus der Knechtschaft des Kapitalismus, sondern nur der Wille der Selbstbefreiung bringt uns den wirtschaftlichen und politischen Sieg.

Trotz aller Verfolgung unserer Funktionäre, trotz des Wütens der Justiz werden wir nicht eher ruhen, bis das kapitalistische Schandsystem zerschmettert am Boden liegt und der Weg des Aufbaus zur proletarischen Gemeinschaft frei ist.

# Räumung Kölns fristlos vertagt

## Köln wiederum als Schacherobjekt

Der englische Botschafter in Paris, Lord Crewe, ist nach einem mehrtägigen Aufenthalt in London nach Paris zurückgekehrt und wurde sofort vom Ministerpräsident Herriot empfangen.

Der „Petit Parisien" veröffentlicht über den Inhalt der Besprechungen zwischen Herriot und Lord Crewe einige nähere Angaben, die die Situation grell beleuchten.

Nach dem „Petit Parisien" drehte sich die Aussprache im wesentlichen um die Frage der französischen Schulden an England **und um die Frage der Räumung der Kölner Zone.**

Die englische Regierung hat es in diesem Zusammenhange für nützlich gehalten, Herriot von vornherein einige Andeutungen (!) über die englische Auffassung zu machen, um von Herriot einige Erläuterungen (!) zu erhalten, die die Ausarbeitung der englischen Antwort erleichtern (!) sollen.

In der Frage der Räumung der Kölner Zone, die, sobald der endgültige Bericht der Militärtonrollkommission vorliegt, wieder akut (!) werde, sei man sowohl in Frankreich als in England der Auffassung,

**daß die Sicherheitsfrage zunächst geregelt werden müsse, bevor man die Frage der Räumung der Kölner Zone auf die Tagesordnung setzen könne.**

Nach einigen Phrasen über endgültigen Frieden und Vertrauen in Europa erklärt „Petit Parisien", daß Lord Crewe Herriot im Auftrage der englischen Regierung wichtige Vorschläge gemacht habe und daß außerordentlich bedeutungsvolle Entscheidungen ins Auge gefaßt worden seien.

Aus den Angaben des „Petit Parisien" geht hervor, daß sowohl England wie Frankreich die Entscheidung über die Räumung Kölns abhängig machen von der Lösung der Sicherheitsfrage.

Da aber bei der unerhörten Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze, die das Auftreten Amerikas auf dem europäischen Kontinent und das verstärkte Bestreben Englands, sich der immer mehr zutage tretenden Verdrängung aus seiner alten Vormachtstellung entgegenzustemmen heraufbeschworen hat, eine Regelung der Sicherheitsfrage — soweit sie nicht überhaupt illusionär ist — in weite Fernen rückt, wird damit entsprechend den Entscheidungen der englischen und französischen Regierung, wie sie in der Aussprache zwischen Herriot und Lord Crewe formuliert wurden, die Frage der Räumung Kölns fristlos vertagt.

Ferner geht aus den Angaben des „Petit Parisien", wenn man den Inhalt der Beratungen des englischen Kabinettsrats berücksichtigt, hervor, daß sowohl Frankreich wie England in allen schwebenden Fragen, Schuldenfrage und Räumung Kölns, ihre wahren Absichten verbergen, um in der Frage, die heute alle internationalen politischen Ereignisse beherrscht, in der Sicherheitsfrage, d. h. in der Frage der Aussicht und Möglichkeiten für die führenden imperialistischen Mächte, ihre machtpolitische Position zu stärken und auf eine breitere Basis zu stellen, die Hände für jedes Manöver und für jeden Schacher freizuhaben.

Die Ereignisse und Diskussionen der letzten Woche haben als bedeutungsvollste Kompensationsobjekte in den Vordergrund gerückt: Köln, den Rhein und die englische Schuldforderung an Frankreich. Die Entscheidung in diesen Fragen wird endgültig fallen, wenn die Frage der Vormachtstellung in Europa im Zusammenhang mit dem Sicherheitspakt aufgerollt wird.

So oder so, das Schicksal Kölns ist für absehbare Zeit besiegelt; zögert sich die Entscheidung in der Sicherheitsfrage hin, so ist an die Räumung Kölns nicht zu denken, andererseits wird eine vorübergehende Lösung der Sicherheitsfrage nur in den Preis der Weiterbesetzung Kölns — gleichgültig ob mit englischen oder französischen Truppen — zustandekommen.

Diese Regelung wird aber nicht, wie kleinbürgerliche Illusionisten glauben, der Welt den Frieden bringen.

Vorläufig ist vielleicht eine Hinausögerung des Zusammenstoßes der imperialistischen Gegensätze — das ist der negative Kern der Sicherheitsfrage — für die nächste Zukunft auf dem Rücken des deutschen Proletariats möglich; in dem Maße jedoch, wie es selbst in die Sphäre der imperialistischen Konflikte hineingezogen wird, d. h. in dem Maße, wie der Kampf um die Beherrschung Deutschlands und des europäischen Kontinents sich verschärft, verwandelt sich dieses Sicherheitsrepitil in einen Stachel, der die Gegensätze vertiefen und den Ausbruch der kriegerischen Auseinandersetzung der imperialistischen Mächte beschleunigen wird.

# Der griechisch-türkische Konflikt

**Athen, 7. Februar.**

**Da die türkische Regierung den griechischen Vorschlag, den Streitfall des Patriarchen dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, nicht angenommen hat, hat Athen gestern an das Völkerbundssekretariat eine Note gesandt, worin der Völkerbund eingeladen wird, im griechisch-türkischen Konflikt zu intervenieren.**

Die Berliner Botschaft der türkischen Republik teilt u. a. mit: „Die Griechische Regierung hat nicht das Recht, sich in rein innere Angelegenheiten der Türkei zu mischen. Die Türkei wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wehren, daß Griechenland durch Anrufung fremder Regierungen und Parlamente die Patriarchatsfrage zu einer internationalen Frage macht und sich dadurch mittelbar Vorrechte in Konstantinopel und in der übrigen Türkei verschafft. — Wir erfahren, daß überall in Griechenland unter Führung von Regierungsagenten Kundgebungen stattfinden, in denen offen der Krieg gegen uns verlangt wird, und daß die Griechische Regierung Vorbereitungen zum Kriege trifft. Der Griechischen Regierung sollten die Folgen eines Krieges und die Ereignisse der letzten Zeit noch in frischer Erinnerung sein. **Falls sich aber ein kriegerischer Konflikt ergeben sollte, zu dem wir keinen Anlaß gegeben haben, so sehen wir einem Verteidigungskampf mit vollem Vertrauen in unsere Kräfte entgegen."**

# Ein Urteil über Attentäter und Spitzel

## (Konspirateure von Profession)

**Von Karl Marx**

(Aus der „Neuen Rheinischen Revue 1850)

**... Sie sind die Alchimisten der Revolution und teilen ganz die Ideenzerrüttung und die Borniertheit in fixen Vorstellungen der früheren Alchimisten.** Sie werfen sich auf Erfindungen, die revolutionäre Wunder verrichten sollen: Brandbomben, Zerstörungsmaschinen von magischer Wirkung.

Der Hauptcharakterzug im Leben der Konpirateure ist ihr Kampf mit der Polizei, zu der sie gerade dasselbe Verhältnis haben, wie die Diebe und Prostituierten. **Die Polizei toleriert die Verschwörungen, und zwar nicht bloß als notwendiges Uebel. Sie erleichtert sie als leicht zu überwachende Zentren,** denen sich die gewaltsamsten revolutionären Elemente der Gesellschaft zusammenfinden, als Werkstätten der Emeute, die in Frankreich ein ebenso notwendiges Regierungsmittel geworden ist, wie die Polizei selbst, und endlich als Rekrutierungsplatz für ihre eigenen politischen Mouchards (Spitzel). Gerade wie die brauchbarsten Spitzbubensänger aus der Klasse der höheren und niederen Gauner, der Diebe und falschen Bankerottierer genommen werden, und oft wieder in ihr altes Handwerk zurückfallen, gerade **so rekrutiert sich die niedere politische Polizei aus den Konspirateuren von Profession. Die Verschwörer behalten unaufhörlich Fühlung mit der Polizei,** sie kommen jeden Augenblick in Kollision mit ihr; sie jagen auf die Mouchards, wie die Mouchards auf sie jagen. Die Spionage ist eine ihrer Hauptbeschäftigungen. Kein Wunder daher, daß der **kleine Sprung vom handwerksmäßigen zum bezahlten Polizeispion,** erleichtert durch Elend und das Gefängnis, durch Drohungen und Versprechungen, sich so häufig macht.

## Wachsende Erwerbslosigkeit in Danzig

(Eig. Drahtm.) **Danzig,** 9. Februar.

Die Zahl der Erwerbslosen ist auf **über 10 000 gestiegen.** Eine Versammlung und eine nach Tausenden zählende Demonstration machten sich **die Forderungen der Kommunisten zu eigen.**

(Eig. Drahtm.) **Danzig,** 9. Februar.

Die Generalversammlung des DEV. fordert einmütig die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit.

# Meß-Mend

18

Roman von Jim Dollar

„Signor Cice hat mich bevollmächtigt, meine Herren, den folgenden Plan zu Ihrer Kenntnis zu bringen. Nach der Auffassung des Signors Cice befestigt sich die Sowjetmacht in Rußland in einer gefahrdrohenden Weise, und ihre Propaganda nimmt in unseren Ländern einen Umfang an, den wir nicht dulden können. Man muß diese Macht stürzen, aber nicht von außen, sondern von innen, auf dem Wege der Verschwörung. Der Verschwörungsplan ist bis ins einzelne ausgearbeitet. Mr. Arthur Rockefeller übernimmt seine Durchführung. Mr. Rockefeller reist in allernächster Zeit mit dem Paß eines amerikanischen Kommunisten nach Leningrad."

Kreßling sah Rockefeller an.

„Arthur, Sie wollen das wirklich tun?"

„Ich schwöre es beim Tode meines Vaters," rief der junge Mann hitzig aus.

„Ausgezeichnet, das gefällt mir. Aber was bleibt uns zu tun?"

„Signor Cice hat ein großes Programm ausgearbeitet," mischte sich Lord Hardstone ein. „Seien Sie ohne Sorge, keiner von uns wird leer ausgehen."

Die Stimmung der Anwesenden hob sich zusehends. Kreßling trank und stieß gegen seine Gewohnheit mit seinen Gästen an; beim Abschied zeigte er ihnen seine beiden Krokodile, die friedlich in der Tiefe ihres herrlichen Bassins schlummerten.

Die Konferenz war zu Ende, der Sekt ausgetrunken, — Kreßlings Kristalluhr zeigte die Stunde der Eule an. Einer nach dem andern verschwanden die Gäste im Dunkel der warmen Mainacht. Stets unter Schlaflosigkeit leidend, schritt Kreßling auch heute stundenlang durch die strahlenden Säle der „Ephemeride".

Inzwischen zeigte der Filmapparat und berichtete der Phonograph in der dunklen Kammer des kleinen, von Tingsmaster bewohnten Häuschen alles, was sich in der „Ephemeride" ereignete. Die Jungens sahen und hörten, ihre Hände ballten sich zu Fäusten. Auch Viviane Orton war unter ihnen, — sie hatte eine bescheidenes Arbeiterinnenkleid an.

### Wassilow und seine Frau

Für jeden ehrlichen Kommunisten gilt in erster Linie seine Pflicht und erst in zweiter seine Frau. Jede Frau pflegt sich selbst an die erste Stelle zu setzen, alles übrige an die zweite.

Genosse Wassilow war Mitglied der Neuyorker Kommunistischen Partei und hatte eine Frau. Zwischen den beiden herrschte ein Verhältnis, das der obigen Regel vollkommen entsprach. Eines Tages kam er aus einer nächtlichen Parteiversammlung nach Hause, weckte seine Frau und sagte:

„Katja — wir fahren nach Rußland."

„Das freut mich," antwortete diese schläfrig, „die „Amelie" geht übermorgen ab. Wir fahren zusammen mit Mrs. Debohshire."

„Wir fahren mit dem „Torpedo"", erwiderte Wassilow, „die erhaltenen Instruktionen zwingen mich, diesen Dampfer zu nehmen."

„Bist Du wirklich der Auffassung, daß Du nur Deine Instruktionen berücksichtigen und die Wünsche Deiner Frau vollkommen ignorieren darfst?"

„Instruktionen, meine Teure, — nicht Inkrustationen," erwiderte Wassilow geduldig. Er hat nun einmal in seinem Leben eine Dummheit gemacht — als er heiratete. Jetzt trug er ergeben alle Folgen, die sich aus dieser Dummheit ergaben.

„Inkrustationen," wiederholte seine Frau eigensinnig.

„Instruktionen, mein Kind!"

„Nein, Inkrustationen!"

„Also so steht es! Du bist eifelhafter als die Wecheruhr. Du läßt mich nicht schlafen, und ich erkläre Dir: ich fahre mit der „Amelie", und damit Schluß!"

„Wie Du willst," antwortete Wassilow müde, seufzte und begann sich auszuziehen.

Am nächsten Morgen stand Katja sehr früh auf, ward einen spöttischen Blick auf ihren schlafenden Gatten, setzte sich ihren elegantesten Hut auf und hüpfte auf die Straße. Am Kaiserhof stand ein Dienstmann. Er strich sich den Bart. Der Bart verlieh ihm ein ehrwürdiges Aussehen.

„Dienstmann," wandte sich Katja an ihn, „wissen Sie nicht, wo es Reisebureaus gibt und wohin man gehen muß, um nach Rußland zu fahren?"

„Nichts leichter als das, Madam," antwortete hustend der Dienstmann, „gehen Sie nach Hause und warten Sie in aller Ruhe ab, bis ich, mit Ihrer Erlaubnis, Ihnen ein Billett besorge und ins Haus bringe. Sie brauchen sich nur meine Nummer zu merken: Dienstmann Nr. 7."

„Wollen Sie das wirklich tun? Wissen Sie, die Sache ist nicht so einfach: zwischen mir und meinem Manne herrscht nämlich über diesen Punkt Uneinigkeit. Ich will mit dem Dampfer „Amelie" fahren — zusammen mit Mrs. Debohshire. Können Sie mir ein Billett für die „Amelie" besorgen?"

„Mit Vergnügen, Madam."

„Also hier — nehmen Sie das Geld. Und hier meine Papiere. Und wissen Sie was, bringen Sie mir das Billett nicht nach Hause, sondern direkt zu Mrs. Debohshire, Roden-Square 10."

„Morgen früh, Madam, wird alles in schönster Ordnung sein."

Glücklich über den guten Anfang, den ihr Vorhaben genommen hatte, drehte Katja den Dienstmann mit einer energischen Bewegung um seine Achse um, nahm aus ihrem Täschchen Bleistift, Papier und Umschlag und sagte:

„Dienstmann Nr. 7, lassen Sie mich Ihren Rücken als Pult gebrauchen... So, ich möchte meinem Mann einen Brief schreiben."

Die schiefen Zeilen auf dem Papier brachten folgenden Gedankengang zum Ausdruck:

„Wassilow! Man muß Dir eine Lehre erteilen. Zu diesem Zweck empfehle ich Dir, meine Instruktionen zur Kenntnis zu nehmen. Ich reise mit Mrs. Debohshire mit der „Amelie". Nach Hause komme ich nicht mehr zurück. Packe alle meine Sachen ein, vergiß nicht das lila Kleid und die Gesangsnoten. Ich hoffe, daß auch Du mit der „Amelie" reisen wirst, — andernfalls treffen wir uns an der Anlegestelle in Kronstadt.

Deine Frau

Katja."

„Nehmen Sie diesen Brief," sagte sie, „bringen Sie ihn nach oben, werfen Sie ihn ihm ins Bett und kommen Sie sofort zurück. Wenn er etwas fragen sollte — sind Sie stumm wie ein Fisch. Verstanden?"

„Freilich, freilich, Madam," schmunzelte der Dienstmann. Er sah der munteren Dame nach, wie sie ihren Sonnenschirm über dem Kopf aufpflanzte und in der Richtung zum Roden-Square eilte. Dann las er den Inhalt des Briefes, schüttelte den Kopf und trat in den Hauseingang. Als es ihm nach einer Weile gelungen war, Wassilow aufzuwecken, steckte er ihm den Brief in die Hand und raunte, ohne seine Fragen zu beantworten, die Treppe hinunter.

Johns, der alte Dienstmann dieses Stadtviertels, handelte von seither, wie ihm befohlen war. Als er aber wieder auf der Straße angelangt war, bewies er eine erstaunliche Selbständigkeit, und zwar ging er bis zum nächsten Kanalisationsrohr, warf einen prüfenden Blick um sich, schlug das Gitter hoch und verschwand mit der Geschwindigkeit einer Ratte im Loch. Der dunkle, nasse Gang führte ihn zunächst zu einer Steintreppe und dann zur Station der Untergrundbahn. Johns wartete einen günstigen Augenblick ab und sprang in den schmalen Spalt hinein, den er zwischen den Eisenblechen eines Waggons wahrnahm; er befand sich im geheimen Kupee, zwischen der Toilette und dem Heizraum.

Der ehrliche Johns stieg einige Male um, versank wieder in einem unterirdischen Gang, und erreichte nach einer Weile, durchnäßt, beschmutzt, mit zerzaustem Bart — den heißen Ort unter der Küche der „Patrisiana", wo der Installateur Van-Gopp, mit dem Kautschukröhrchen in den Ohren, an seinem gewohnten Platze saß.

„Mend-Meß", stieß atemlos der Dienstmann aus.

„Meß-Mend", antwortete Van-Gopp, „bist Du's, Johns? Was gibt's Neues?"

„Wassilows Frau hat mir den Auftrag gegeben, ihr ein Billett für die „Amelie" zu besorgen. Sie will nämlich allein fahren. Morgen früh muß ich ihr das Billett mitsamt ihren Papieren an die Adresse ihrer Freundin zustellen." (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250209-13/fragment/page=0003

# Gewerkschaftsbewegung

## Urabstimmung im Buchdruckgewerbe!

Am 10. Februar findet die Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Tarifes der Buchdrucker und Buchdruckereihilfsarbeiter statt. Der neue Tarif ist so gehalten, daß er unter keinen Umständen angenommen werden kann. Nicht einmal die 48-Stundenwoche ist garantiert! Im Gegenteil: Der Tarif sieht vor, daß die Buchdrucker und Hilfsarbeiter verpflichtet sind, **in jeder Woche nach freier Wahl des Unternehmers fünf Ueberstunden zu leisten.** Das bedeutet praktisch die Abwürgung des Achtstundentages. Dies wird besonders bekräftigt dadurch, daß für die fünf Pflichtüberstunden ein Aufschlag **von nur 15 Prozent** gewährt wird. Für die Ueberstunden sieht der Tarif ganz minimale Erhöhung vor.

Eine bedeutende Verschlechterung bringt der Tarif noch in der Weise, daß er die Lehrlingszüchterei in erhöhtem Maße zuläßt. Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe wollen sich mit allen Mitteln eine Reservearmee Arbeitsloser schaffen, um die Löhne der Beschäftigten niedrig zu halten. In den letzten Jahren sind fortgesetzt überall eine größere Zahl von Buchdruckern und Hilfsarbeitern arbeitslos gewesen und mußten zu anderen Berufen übergehen.

All diese Tatsachen zeigen, daß sich die Buchdrucker und Hilfsarbeiter auf den Kampf besinnen müssen. Die Urabstimmung darf nur eine Ablehnung des Tarifes ergeben, weil er in allen Punkten eine Verschlechterung darstellt. **Wo bleibt das Versprechen der Gewerkschaftsspitzen und des ADGB., daß mit allen Mitteln für die Wiedererringung des Achtstundentages gekämpft werden soll, da doch die Arbeiter hier durch Tarif gezwungen werden sollen, fünf Pflichtüberstunden in der Woche zu leisten, damit nur die Unternehmer die Möglichkeit bekommen, im gegebenen Moment die aufrechten und geraden Kämpfer auf das Straßenpflaster zu werfen?**

**Wo bleibt die Erfüllung des Versprechens der Unternehmer? Haben sie nicht in der Zeit der schlechten Konjunktur wiederholt erklärt, sie könnten den Wünschen der Gehilfen nicht Rechnung tragen, würden dies aber bei besserer Konjunktur nachholen? Und haben damals die Gewerkschaftsführer diese Argumente nicht benutzt, um die unwesentlichen Lohnerhöhungen den Gehilfen schmackhaft zu machen mit dem Anhängsel, der Kampf würde um so energischer geführt werden, wenn im Gewerbe eine bessere Konjunktur vorhanden wäre.**

**Wie sieht aber die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage nun in Wirklichkeit aus? Ganze 2 Mk. hat man „errungen", aber nicht etwa vom Tage des Abschlusses an, nein, man höre und staune, vom 28. Februar an, und zwar gleich bis Ende Mai. Dies hat insofern noch eine besondere Bewandtnis. Nämlich, man hat es bei dem fortgesetzt aufwärts steigenden Existenzminimum und den damit verbundenen Kampfbestrebungen des fortschrittlich gesinnten Teils der Gewerkschaftsmitglieder sehr leicht, bei der nun einmal festgelegten Abschlußperiode auf die „wilden" Streiks sich zu berufen und damit jedem offenen und erfolgreichen Kampfe aus dem Wege zu gehen.**

**Hieran sieht man am besten, wie die reformistischen Gewerkschaftsführer den Kampf auffassen.**

**Lehnt den Tarif ab! muß deshalb die Parole aller im Buchdruckgewerbe beschäftigten Kollegen sein.**

## Reformisten sind schlimme Arbeitgeber

Wir berichteten bereits, daß der Genosse Hildebrandt, aus Wittenberg, vom Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen ist, weil er sich mit aller Kraft dafür einsetzte, daß die Mitgliedsschaft dem Verbande erhalten blieb und sich dabei für die Reformisten immer herausstellte, daß die Mitglieder bei Versammlungen in ihrer überwiegenden Zahl ihrer kommunistischen Ueberzeugung Ausdruck gaben. Hildebrand war Angestellter des Verbandes. Nach seinem Ausschluß verlangte er vom Hauptvorstand ein Zeugnis, das verdient, der Oeffentlichkeit bekannt zu werden. Es hat folgenden Wortlaut:

**Zeugnis.**

Herr Otto Hildebrandt, Wittenberg, Kurfürstenstraße 15, war vom 1. August 1921 bis 15. Dezember 1924 in unserer Zahlstelle Wittenberg als Ortsbeamter, bezw. dritter Geschäftsführer tätig.

Seine hauptsächliche Beschäftigung als Geschäftsführer und Agitationsleiter der Zahlstelle bestand in der Erledigung notwendiger Bureauarbeit, der Werbearbeit für den Verband und in der Vertreung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, in den ihm zur Bearbeitung zugewiesenen Betrieben und Industriezweigen.

Hildebrandt hat seine Arbeiten im Bureau und im Außendienst, in zufriedenstellender Weise erledigt. Ueber seine Führung in geschäftlicher Beziehung hatten wir bis zur erfolgten Kündigung nicht zu klagen.

Die Kündigung seines Arbeitsverhältnisses erfolgte für den 31. Dezember, weil bei der zurückgegangenen Mitgliederzahl und den sehr verringerten Einnahmen ein Geschäftsführer abgebaut werden mußte. (?) Das Arbeitsverhältnis mußte aber vor dieser Zeit gelöst werden, weil Hildebrandt während der Kündigungszeit den Anweisungen des Hauptvorstandes und der Treuhandgesellschaft als Vermögensverwalterin des Verbandes nicht Rechnung trug.

Hannover, den 19. Januar 1925.

gez.: Karl Thiemig.

### Der Arbeiterschutz in Dawes-Deutschland

Opfer fallen hier,
weder Lamm noch Stier:
aber Menschenopfer unerhört.

**„In einem einzigen der letzten Jahre wurden rund 500 000 Unfälle in den gewerblichen Betrieben Deutschlands gemeldet, darunter waren rund 6400 Unfälle mit tödlichem Ausgang, 17 000 Unfälle mit dauernder, völliger oder teilweiser Erwerbsunfähigkeit."**

**Also täglich 1400 und stündlich 58 Unfälle, von denen täglich 18 tödlich verlaufen und täglich 50 Arbeiter zu vollständigen Krüppeln geschlagen werden!**

(Reichsarbeitsblatt vom 16. Januar 1925.)

Selbst der unwissenste Arbeiter erkennt, daß dieses „Zeugnis" ein grober Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen ist. Die Auslassungen, daß der Hauptvorstand bis zur erfolgten Kündigung über Hildebrandt nicht zu klagen hatte und daß seine Entlassung deshalb vorzeitig erfolgte, weil er während der Kündigungsfrist den Anweisungen des Hauptvorstandes nicht Folge leistete, können nur mit der Absicht in das Zeugnis aufgenommen worden sein, um Hildebrandt in seinem weiteren Fortkommen zu schädigen. Würde ein Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes als Arbeiter ein derart gehaltenes Zeugnis von seinem Arbeitgeber bekommen, so würde die Verbandsleitung, wenn sie wirklich die Interessen der Arbeiter vertreten wollte, gegen den Unternehmer Klage auf Abänderung des Zeugnisses erheben müssen. Wenn aber hier der Hauptvorstand der Fabrikarbeiter schon selbst ein solch gesetzlich unzulässiges Zeugnis einem bei ihm Beschäftigten zu geben wagt, so zeigt das deutlich, wie sehr diese Reformisten mit der bürgerlichen Klasse geistig versippt sind. Dieses Zeugnis zeigt deutlich, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht nur nicht mehr gewillt sind, Arbeiterinteressen wahrzunehmen, sondern, daß sie, als geistig Verwandte mit dem Unternehmertum, Arbeiterinteressen gar nicht mehr vertreten können.

Für die Arbeiterschaft ergibt sich daraus die unbedingte Pflicht, den **Einfluß der reformistischen Führer zu brechen. Hier muß jeder Arbeiter mithelfen. Deshalb hinein in die freien Gewerkschaften, um die Sauställe auszumisten und sie zu wirklichen Klassenkampforganisationen zu machen!**

## Stürmische Ortsverwaltungswahl im Fabrikarbeiter-Verband, Zahlstelle Zeitz

### Die Reformisten entpuppen sich als Verbandsschädlinge

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter)

In der Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Zahlstelle Zeitz, war von der Mitgliedschaft beschlossen worden, den zweiten Angestellten Kuhnt abzubauen. Die Finanzlage läßt es nicht zu, daß zwei Angestellte weiter beschäftigt werden. Die Bonzen sahen sich in ihrer Existenz bedroht. Da mußte alles aufgeboten werden, um den Beschluß für nichtig zu erklären. Sie holten von den dörflichen Zahlstellen alle möglichen und unmöglichen Vertreter heran bei der Ortsverwaltungswahl. So hatten sie sich die Mehrheit zusammengescharrt, um die Position zu halten. Kuhnt legte nochmals den Kassenbericht vor, worauf eine lebhafte Debatte einsetzte. Im weiteren Verlauf wurde der Antrag der Generalversammlung der Mitgliedschaft von Zeitz eingereicht über die Entlassung Kuhnts, nach dem er am 1. Februar zu kündigen und am 15. Februar d. J. zu entlassen ist. Da zeigten sich sofort die ersten Schwierigkeiten. Der erste Angestellte Hilbert erklärte kategorisch: „So schnell geht das nicht." Die Angestellten haben monatliche Kündigung. Ein oppositioneller Kollege widerlegt aber das und stellt fest, daß bei Kuhnt andere Vereinbarungen getroffen seien, nach denen er jeden Tag entlassen werden kann. Der Kollege Rosenheinrich (SPD.) redete da zwar vom Sparen, aber Kuhnt müsse weiter angestellt bleiben. Er stützte ihn als SPD.-Mann und sorgt für Kuhnts Futterkrippe. Ob der Verband darunter leidet, ist ihm gleich.

Der Kollege Eidner (Opp.) weist auf einen typischen Fall hin wegen der finanziellen Schwäche der Kasse: Als er voriges Jahr im Januar arbeitslos war, wegen der Unterstützung auf das Verbandsbureau kam und 3 Mk. Unterstützung erhielt, erklärte ihm Kuhnt: **„Komm bloß nicht wieder!"** Also stand es schon am Anfang des Jahres mies. Mit allerhand Mätzchen versuchen noch reformistische Funktionäre die Ausführungen der oppositionellen Kollegen zu widerlegen, was ihnen jedoch nicht gelingt. Bei der Abstimmung über Kuhnts Entlassung stimmten 10 dafür, 20 dagegen. In die Ortsverwaltung wurden darauf 3 Kommunisten, 1 Parteiloser und 7 Sozialdemokraten gewählt, ins Kartell 7 **Kommunisten,** 1 Parteiloser, 6 Sozialdemokraten.

In dieser Sitzung ging es den SPD.-Leuten nur um ihr Bönzchen. Alles andere war vergessen. Ging doch der Angriff von oppositionellen Kommunisten aus. Sie fragen wenig darnach, ob die Zahlstelle in der Lage ist, auf Grund ihrer Mitgliedschaft zwei Angestellte zu finanzieren. Zeigt doch der Kassenbericht klar und deutlich, wie es um uns bestellt ist. Die Auswirkungen werden sich bitter rächen. Dann ist es zu spät. Hieran zeigt es sich deutlich, wer verbandsschädigend arbeitet. Ob der Hauptvorstand solche Mitglieder, die parteiisch der Sozialdemokratie angehören, ausschließen wird? Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Die Mitgliedschaft wird auch noch sprechen, **trotz aller Bonzendiktatur!**

## Schiedsspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie

### Berichtigung

Wir berichteten in unserer Nummer 15 vom 4. Februar über die Fällung des Lohnschiedsspruchs für die mitteldeutsche Metallindustrie. Wir berichteten dabei fälschlich, daß der Schiedsspruch gegen die Stimmen der Arbeitnehmer mit den Stimmen der Arbeitgeber und des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, Professor Jörges, angenommen sei. Vielmehr haben sowohl Arbeitnehmer als Arbeitgeber gegen den Schiedsspruch, den also Professor Jörges diktierte, gestimmt. **Den Arbeitgebern war also sogar noch die gar nicht ins Gewicht fallende minimale Lohn„erhöhung" zu hoch!**

209

**Lichtspiel-Theater, Wittenberg**

Das vorzügliche Programm von Montag bis Donnerstag 22

1. **Das Neueste aus aller Welt**
2. **„Er" macht alles**
3. **Die Schmiede**

Sehr spannendes Drama in 6 Akten mit **Rudolf Essek**

Mittwoch nachmittag ½4 Uhr: **Große Familien- und Jugendvorstellung**

**Ansichtspostkarten empf. Volksbuchhandlung**

# Erste Auflage vergriffen!

In den nächsten Tagen erscheint die zweite Auflage von

## Parteien und Klassen

im Spiegel der

## Reichstagswahlen

**Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane**

Mit statistischem Material über die berufliche Schichtung und die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 bis 7. Dezember 1924

**Emil Eichhorn,** M. d. R.

Die Broschüre ist 90 Seiten stark (mit Umschlag versehen) und kostet 80 Pf. Zu haben in der Bezirks-Zentral-Buchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14, wie in allen übrigen Arbeiter-Buchhandlungen

# Nur Dienstag billig. Fischtag

in der

**Große Ulrichstraße 58**

Heute 3 Waggons:

Prachtvolle große **Grüne Heringe** ℔ **23** ₰

**Kabeljau** ohne Kopf . . ℔ 40 ₰
**Seelachs** ohne Kopf . . ℔ 35 ₰
**Goldbarsch** ohne Kopf . ℔ 40 ₰
**Seehecht** ohne Kopf . . ℔ 70 ₰
**Karbonaden,** bratfertig ℔ 65 ₰

**Räucherwaren** täglich frisch eintreffend

**Norw. Vollbücklinge** fette, zarte Ware . Pfd. **40** ₰

**ff. ger. Seelachs**
**ff. ger. Goldbarsch**
**ff. ger. Rochen** ℔ **60** ₰

**Kieler Sprotten, Flundern, Fleckheringe, Makrelen, allerfeinste, zarte, fette Flußaale** in all. Größen

Großer Versand nach auswärts. Pünktliche Zustellung in der Stadt bei vorheriger Bestellung

Telephon 2705, 1274, 1275, 4966

209

# Dr. med. Walther

*93 von Alter Markt 8 verzogen nach

## Leipziger Straße 85

# Zeitungsträger

für **Petersroda** bei **Bitterfeld gesucht**

Zu melden beim **Verlag „Klassenkampf",** Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

# Schultafeln usw.

empfehl. die **Volksbuchhandlungen**

Harz 21/44 und Lerchenfeldstr. 14.


# K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr 14 Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

**Unterbezirk Halle-Saalkreis**

**Achtung, Distriktsführer.** Dienstag abend 6 Uhr Material abholen.

**Frauenfunktionäre.** Dienstag abend ½8 Uhr, in der „Produktiv", Zimmer 4: Wichtige Sitzung.

**Osendorf.** Distriktsversammlung Mittwoch, 11. Februar, 8 Uhr, im „Dreierhaus".

**Radewell.** Distriktsversammlung Mittwoch, 11. Februar, abds. 8 Uhr, bei Lindner.

Die zuständigen Zeitungsausträger haben unbedingt zu erscheinen in ihren Distriktsversammlungen.

**Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld**

**Bitterfeld.** Funktionärsitzung Montag, 9. Februar, abends 8 Uhr, „Bürgergarten".

**Ramsin.** Mitgliederversammlung Dienstag, 10. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.

**Zscherndorf.** Mitgliederversammlung Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.

**Bitterfeld.** Oeffentliche Volksversammlung Mittwoch, 11. Februar, 8 Uhr, Gasthof.

**Brehna.** Mitgliederversammlung Donnerstag, 12. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.

**Pouch.** Mitgliederversammlung Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.

**Thalheim.** Mitgliederversammlung Sonnabend, 14. Februar, abends 8 Uhr, Gasthof.

**Kreis Weißenfels**

**Weißenfels.** Funktionärversammlung Montag, 9. Februar, 8 Uhr, „Roter Löwe".

**Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.**

**Elsterwerda.** Vorstandssitzung mit den Arbeitsgebietsleitern, Ressortleitern und Stadtverordnetenfraktion am Montag, 9. Februar, 8 Uhr, im „Guten Happen".

## Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

**Ortsgruppe Halle**

Fahrscheine für Bitterfeld sind zum Preise für 1,20 Mark bei den Bezirksführern erhältlich.

**Bezirk 5 (Mitte).** Dienstag, 10. Februar, 8 Uhr, Versammlung in der „Produktiv". Funktionäre eine halbe Stunde früher.

**Abteilung 5, 6 und 8.** Dienstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung bei Teichmann, Glauchaerstraße.

**Abteilung 18.** Dienstag, 10. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Petersbergstraße: **Abteilungsversammlung.**

**Kreis Sangerhausen**

**Artern.** Sonnabend, 14. Februar, abends 8 Uhr, im Goethehaus: **Vollversammlung.**

**Kreis Bitterfeld**

Heute, Montag, 9. Februar, abends 7 Uhr, haben sämtliche Vorsitzenden der Ortsgruppen des Unterbezirks in Bitterfeld im „Bürgergarten" zu erscheinen. Erscheinen ist dringend nötig.

Mittwoch, 11 Februar, abends ½7 Uhr, Zusammenkunft des gesamten Unterbezirks. Jede Ortsgruppe wird verpflichtet geschlossen zur Amnestiekundgebung in Bitterfeld zu erscheinen, Sammelpunkt: „Bürgergarten".

**Gräfenhainichen.** Freitag, 13. Februar, abends 8 Uhr, im Parteilokal Werbeversammlung. Die Ortschaften Zschornewitz, Gröbern sind hierzu eingeladen. Sämtliche Kameraden und Sympathisierende sind eingeladen.

**Kreis Weißenfels**

**Weißenfels.** Dienstag abend 8 Uhr in der „Weintraube": Funktionärsitzung.

## Bekanntmachung

Auf Grund der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1924 bezw. 9. Januar 1925 **sind folgende Wahlvorschläge zur Wahl der Vertreter der Versicherten für den Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle (Saale) eingereicht worden:**

Wahlvorschlagsliste 1 aus der Mitgliederversammlung vom 19. Dezember 1924 Höcker — Barth, beginnend mit dem Namen Höcker, Johannes

Wahlvorschlagsliste 2 des Gewerkschaftskartells-Halle (S.), beginnend mit dem Namen Spröte, Paul

Wahlvorschlagsliste 3 der Christlichen Gewerkschaft, Deutscher Gewerkschaftsbund, beginnend mit dem Namen Zwanzig, Paul

Wahlvorschlagsliste 4 des Gewerkvereins Hirsch-Dunker, Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände, beginnend mit dem Namen Habelitz, Paul

Wahlvorschlagsliste 5 des Vaterländischen Arbeiter-Vereins zu Halle (S.) (Ntl. Verband der Berufs-Verbände), beginnend mit dem Namen Gustav Hoffmann

Die Wahlvorschläge liegen in der Zeit vom **Sonnabend, dem 7. Februar bis Freitag, den 13. Februar 1925** zur Einsichtnahme in den Geschäftsräumen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle (Saale), Kl. Klausstraße 16 (Zimmer 2) während der Verkehrszeit aus

Halle a. d. S., den 7. Februar 1925

**Der Vorsitzende des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse**
**K. Kleemann, als Wahlleiter**

207


**Stadt-Theater**

Dienstag 7½ Uhr
**Wer weint um Juckenack?**
**Juckenack: v. Xylander**
**Lina: Marg. Schornagel a. G. i. V.** 208
**Frau Nagel: Dülfer**

Mittwoch 7½ Uhr
**Schwanenweiß**

# Astoria, Weißenfels

**Ab heute, Montag bis Donnerstag**
**Das große Ereignis des Jahres!**
Ein Blick in die dunklen Geheimnisse europäisch. Fürstenhöfe

## Der Gefangene von Zenda

**Die skandalöse Chronik aus einem Königshause in 7 Riesen-Akten**

Die Herstellungskosten des Films betrugen 5 Millionen GM. 23 000 Personen wirkten mit und 540 Schneider schufen die Kostüme. Als dieser Film erschien, ging ein Flüstern über ganz Europa. **Solch ein Ereignis ist „Der Gefangene von Zenda"**

Hierzu: 74

**Lissys Flimmerkur.** Lustspiel in 3 Akten sowie

**Unsere Trianon-Auslandswoche**

**Kleine Anzeigen** haben im Klassenkampf **den besten Erfolg**

# Volksbuchhandlung

**Eisleben, Rathausstraße 7**

empfiehlt:

**politische u. schöngeistige Literatur**
**Schreibmaterialien u. Schulartikel**

zu äußerst billigen Preisen

**Heute frisch eingetroffen:**

# Frische grüne Heringe sowie Schellfisch

bei 23

# Hillert & Klaus

**Piesteritz, Coswiger Straße**

**Weißenfels** 47
**Am Saalestrand**
**Morgen**
**Schlachtefest**
**Emil Illig.**

Im Verbrauch ist

**Prinzeß-Kaffee**

nicht viel teurer als Ersatz, da er besonders ergiebig ist. Achten Sie darauf, daß Sie in den Lebensmittelgeschäften **Prinzeß-Kaffee in Originaltüten, nicht lose,** erhalt.

Hersteller: 24

**Braun & Wiegand, Halle**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250209-13/fragment/page=0004
DFG

Nr. 19 — 5. Jahrgang Beilage

# Klassenkampf

9. Februar 1925

## Halle und Saalkreis

# Heraus zum Massenprotest!

## Erzwingt die Freilassung des Genossen Doll!

Die Kommunistische Partei ruft das hallische Proletariat. Schon ist mehr denn eine Woche seit dem schamlosen **Ueberfall auf den „Volkspart"** vergangen. Aber noch heute fühlen die hallischen Arbeiter die Empörung über die Vorfälle aus Anlaß der „öffentlichen" SPD.-Versammlung vom Freitag, dem 29. Januar, in sich.

Empört standen die Arbeiter zusammen ob des groben Hausfriedensbruches, den die Runge-Schupos sich im „Volkspart" leisteten. Und schwer konnten die hallischen Arbeiter ihre Wut über die Sipoübergriffe in ihrem Heim, dem „Volkspart", verbeißen. Trotzdem verhielten die jungen und alten Arbeiter sich diszipliniert.

Trotz dieser eisernen Disziplin wagte es die Schupo, insbesondere der Leiter der „Aktion", Oberleutnant Pitzker, gegen jugendliche und erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen Kinder und Greise mit dem **Gummiknüppel**, ja mit **geladener, entsicherter Pistole** vorzugehen. Dann wagte er, den „Volkspart", ein öffentliches Arbeiterlokal, mit geschwungenem Gummiknüppel und drohend gerichteter Pistole zu räumen, ohne daß auch nur der geringste Grund zu diesem Vorgehen vorhanden gewesen wäre.

Noch mehr: Man maßte sich sogar an, **zwei junge Arbeiter im „Volkspart" zu verhaften.** Ein Dritter, der Genosse Doll, wurde am darauffolgenden Tage verhaftet, weil er angeblich der „Rädelsführer" gegen die Schupo gewesen sei, obwohl es die Schupo unter der Leitung Pitzkers war, die in **provozierendster Weise gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen,** die nichts anderes verbrochen hatten, als daß sie die „Internationale" sangen und **Niederrufe auf die verlumpte, arbeiterverräterische Sozialdemokratie** ausriefen, vorging.

**Dabei aber blieb es nicht.**

Am folgenden Tage fand eine **Mitgliederversammlung** des Reichsbanner-Jungsturms statt. Auch aus diesem Anlaß wurde **der „Volkspart" und seine Umgebung in ein Heerlager der Schupo umgewandelt.**

**Der „Volkspart" soll auf Anordnung eines Sozialdemokraten eine ständige Bewachung erhalten.**

Die Luther-Regierung führt sich gut ein. Sie ist bereit zu vollenden, was die Volksbeauftragten Ebert-Noske-Scheidemann am 9. November 1918 begonnen haben.

**Der unerhörteste Terror gegen die KPD. setzt ein.** Erst vor einigen Tagen wurde ein neues unerhörtes **Terrorurteil gegen den Klassenkampf"** gefällt. Sein derzeitiger verantwortlicher Redakteur Louis Drechsler wurde

**unschuldig zu 1¾ Jahren Gefängnis verurteilt.**

Arbeiter und Arbeiterinnen von Halle!

Gegen diese **neue verstärkte Terrorwelle** der Bourgeoisie und ihrer getreuen Handlangerin, der Sozialdemokratie, ist es **rechtzeitig Front zu machen. Ein Massensturm, ein Protest des gesamten hallischen klassenbewußten Proletariats muß sich erheben. Er muß die Bourgeoisie und Sozialdemokratie weit über Halle hinaus erzittern lassen.**

Wenn heute abend 8 Uhr das hallische Proletariat und ganz Proletariat zu Tausenden zur

**öffentlichen Versammlung der KPD. und KJD.**

in den „Volkspart" strömt, so stellt es damit folgende Forderungen auf, für die es mit allem Nachdruck zu kämpfen entschlossen ist:

**Heraus mit dem Genossen Doll!**

**Nieder mit dem Schandurteil gegen den „Klassenkampf"!**

**Heraus mit dem Genossen Drechsler!**

**Heraus mit allen 7000 politischen Gefangenen der Arbeiterklasse!**

**Fort mit der ständigen „Bewachung" des „Volkspart" durch die Runge-Schupo!**

**Für die Amtsenthebung des Schupoleutnants Pitzker!**

**Nieder mit der arbeiterverräterischen Korruptionspartei, der SPD.!**

## Konferenz kommunistischer Stadtverordneter und Gemeindevertreter

Halle, 9. Februar.

Gestern fand hier eine Konferenz der **kommunistischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter des Bezirks** statt, zu der aus jedem Kreise sechs Vertreter bestimmt waren. Die Konferenz war von 60 Vertretern besucht und nahm einen guten Verlauf. Genosse Kilian eröffnete um 10½ Uhr im Sitzungssaal der Produktiv-Genossenschaft die Konferenz und wies mit kurzen Worten auf die Bedeutung und das Arbeitsgebiet der Konferenz hin. Danach hielt der Genosse Max Dörr (Berlin) ein Referat über **„Grundsätze kommunistischer Kommunalpolitik", das die ungeteilte Aufmerksamkeit aller Genossen fand.**

Genosse Kilian sprach darauf über **konkrete Einzelfälle auf dem Gebiete der Kommunalpolitik und zeigte in jedem Falle die Haltung, die wir als Kommunisten einzunehmen haben, auf.**

**In der Diskussion,** die äußerst fruchtbar war, zeigte es sich, daß noch mannigfache Unklarheiten unter unseren Genossen in den Stadtverordnetenkollegien und Gemeindevertretungen über ihre Aufgaben vorhanden sind. Andererseits wurden wertvolle Fingerzeige und Erfahrungen einzelner Genossen allen Anwesenden übermittelt. In seinem Schlußwort erledigte Genosse Kilian einige Anfragen, die eingelaufen waren. Weiter wurden die vorhandenen Unklarheiten beseitigt und die Notwendigkeit einer klaren Abgrenzung der Kommunisten von den Sozialdemokraten und den anderen bürgerlichen Parteien betont. Kommunistische Gemeindepolitik steht in engster Verbindung mit kommunistischer Parteipolitik. Die Linie des letzten Zentralausschusses der Partei hat die Linie der kommunistischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter zu sein.

Danach sind die sachliche und arbeitsreiche Konferenz ihren Abschluß. Sie hat gezeigt, daß die Kommunistische Partei auf kommunalpolitischem wie auf jedem anderen Gebiete die Partei des Proletariats ist, daß die Kommunistische Partei auch auf kommunalpolitischem Gebiet die einzige Interessenvertreterin der Arbeiterklasse ist. Die Konferenz hat den kommunistischen Stadtverordneten und Gemeindevertretern unseres Bezirks die Wege, Ziele und Aufgaben kommunistischer Kommunalpolitik gezeigt. Nun heißt es, auch auf diesem Gebiete mehr und energischer als bisher zu arbeiten für die Zertrümmerung des bürgerlichen Staates, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

**(Einen ausführlichen Bericht über die Konferenz, insbesondere über die Rede des Genossen Max Dörr, bringen wir morgen in unserer kommunalpolitischen Beilage.)**

## „Herne" im Kleinen

Am Sonnabend ereignete sich auf dem Steinweg wieder ein Straßenbahnunfall. Der Polizeibericht meldet hierzu folgendes:

Am 7. Februar erfolgte gegen 7,15 Uhr nachmittags vor dem Grundstück Steinweg 11 ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen dadurch, daß der in Richtung Franckeplatz fahrende Straßenbahnwagen die Weiche vorzeitig verlassen hatte. Bei dem Zusammenstoß wurden beide Wagen an den Führerständen beschädigt und die Wagenscheiben eingedrückt. Von den umherfliegenden Glassplittern wurden drei Personen im Gesicht verletzt. Die herbeigerufene Feuerwehr leistete den Verletzten Hilfe.

In Halle mehren sich die Zahl der Straßenbahnunfälle auffällig. Wer ist der Schuldige? Natürlich wird man wieder versuchen, die Schuld dem Straßenbahnpersonal zuzuschreiben. Richtig ist aber, daß nur durch die verschärften Sparmaßnahmen und durch den Personalabbau derartige Unglücksfälle geradezu chronisch werden können.

## Rund um das „Volksblatt"

### Die stubenreine SPD.

Die Tatsachen sprechen zu viel, als daß auch das „Volksblatt" noch die Skandale verschweigen könnte, die den Bau der SPD. in seinen Grundfesten erschüttern lassen. Jetzt lassen sich die Tatsachen nicht mehr leugnen, die der „Vorwärts" und seine Ableger in der Provinz zuerst als „unwahr" hinzustellen beliebten. Lange konnte man die Korruptionsaffären in der SPD. leugnen. Jetzt kommt es an den Tag; zwar nicht alles — dafür sorgen die Verantwortlichen schon —, trotzdem lassen die schon bisher aufgedeckten Einzelheiten unschwer eine **Skandalaffäre** vermuten, die **die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat.** Schon allein das, was bisher an die Oeffentlichkeit drang, stinkt so zum Himmel, wie wohl noch nie ein Skandal gestunken hat. Die Sozialdemokratie ist eine einzige große Eiterbeule.

Bauer mußte nun weichen. Man hat allen Grund in der Sozialdemokratie, diesem besonders typischen Vertreter sozialdemokratischer „Arbeiter"-Politik nachzuweinen. Bauer ließ man mit einer dicken Träne im Auge fallen.

„Die Sozialdemokratische Partei wird weiterhin bemüht sein, ihr Haus **rein zu halten**", verkündet, in großem Bogen spuckend, das „Volksblatt". Wer's glaubt, wird selig! **Denn heute ist Sozialdemokratie gleichbedeutend mit Korruption, wie überhaupt das ganze System ein einziger großer stinkender Barmat-Sumpf ist.**

Die Sozialdemokratie hat in ihren Reihen einen Herrn Heilmann, von dem selbst die demokratische „Frankfurter Zeitung" schon vor einigen Tagen Mandatsniederlegung forderte.

Die Sozialdemokratie hat in ihren Reihen den Regierungspräsidenten Dr. Grützner, der nachweislich schon vor Jahren bei den Barmats einen Pump von 4000 Franken aufgenommen hat, die bis heute noch nicht zurückgezahlt sind.

Die Sozialdemokratie hat in ihren Reihen eine unendliche Anzahl von teils größeren und größten, teils kleineren Korruptionsmenschen.

**Diese Leute bleiben alle weiter Mitglieder, Führer, Abgeordnete usw. der Sozialdemokratie.** Niemand denkt daran, sie etwa von der SPD. abzustoßen. Sie sind ja typische Vertreter der Sozialdemokratischen Partei. Wie kann man gerade die Typen von der Partei ausschließen?! Und weiter: Barmat ist ja erwiesenermaßen der Geldgeber der SPD. (siehe Wahlunterstützungen usw.). Darum versucht man Barmat mit allen Mitteln herauszureißen. Alle Posten- und Pöstchen-Inhaber der SPD. stehen und fallen mit Barmat. Lieber mag ein Bauer fallen, als der Barmat.

Die Arbeiterschaft aber weiß von der **SPD.,** daß sie **eine bürgerliche Korruptionspartei** ist, wie die Völkischen oder die Deutschnationalen. Daraus zieht das deutsche Proletariat seine Konsequenzen.

*

### Thiele und Maercker

Noch immer haben sich die „Volksblatt"-Leute darüber nicht beruhigen können, daß wir dem Arbeiterverräter Thiele einen gebührenden Nachruf geschrieben haben, den wohl das gesamte klassenbewußte Proletariat Mitteldeutschlands unterzeichnet. Nunmehr müssen Thieles Nachrufe auf Franz Mehring, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg dazu herhalten, um zu beweisen, wie Thiele seine toten Gegner schätzte.

Wenn Thiele diese Nachrufe schrieb — stellen wir fest —, waren diese nichts als **eine elende sozialdemokratische Heuchelei!**

Zum ersten: Mit sozialdemokratischer Hilfe und aktiver Unterstützung wurde der fast 70jährige Genosse Franz Mehring, dem Thiele einen Nachruf schrieb, während des Krieges in „Schutzhaft" gesetzt. Diese „Schutzhaft" untergrub seine Gesundheit derartig, daß er, kaum aus dem Gefängnis entlassen, Ende Januar 1919, kurz nach Karls und Rosas Ermordung, starb.

Zum zweiten: Die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, denen, mit Krokodilstränen im Auge, Thiele, der Sozialdemokrat, einen Nachruf schrieb, wurde, wie klar erwiesen, von langer Hand, bewußt und planmäßig, von der SPD. vorbereitet. Die Mordhetze des „Vorwärts" (Zichler-Gedicht!) gegen Karl und Rosa beweist wohl genug.

Zum dritten: Thiele war es, der mit daran schuldig ist, daß während der Märzaktion 1921 die Reichswehr nach Mitteldeutschland kam. Thiele zog an der Spitze der Reichswehr in Halle ein. Hunderte von Arbeitern wurden in Mitteldeutschland erschossen, auf Jahre und Jahrzehnte in die Gefängnisse und Zuchthäuser des demokratischen Deutschlands geworfen.

Wenn wir einem solchen Arbeiterverräter wie Thiele einen Fluch ins Grab nachsandten, so handelten wir im Sinne des mitteldeutschen Proletariats.

*

### Lumpen-„Vorwärts"

Zu der schweren Verurteilung unseres Genossen Drechsler schreibt der „Vorwärts":

**„1 Jahr 9 Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung erhielt der Redakteur Drechsler vom KPD.-Blatt in Halle, einem der übelsten und gewissenlosesten Hetzblätter, vom Staatsgerichtshof in Leipzig zuerkannt für eine Anzahl Schimpfartikel und Putschaufforderungen im Sommer 1924."**

Das Organ Barmats billigt nicht nur das ungeheuerliche Urteil, das gegen den Genossen Drechsler, Schriftleiter des „Klassenkampf", vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik gefällt wurde, sondern erklärt mit einem kaum dagewesenen Zynismus seine aufrichtige Freude an dem Urteil, obwohl unser Genosse Drechsler **erwiesenermaßen unschuldig verurteilt** wurde. **Arbeiter, merkt Euch diese Barmat-Kanaillen!**

# Lockspitzel und Fälschungen als Waffen der Bourgeoisie

Von B. Neuhaus

### 1. Wozu sie gebraucht werden

Eine Regel des Krieges gilt auch für den Kampf der Klassen: Je desto leichter angegriffen und geschlagen werden, mehr Blößen er sich gibt, je unvorsichtiger er vorgeht. Ist er intelligent und zu diszipliniert, um die gewünschten Unvorsichtigkeiten zu begehen, so muß man ihn dazu zu verlocken suchen, ihn zu provozieren. Läßt er sich aber nicht provozieren, dann muß man unter Umständen die notwendigen „Unvorsichtigkeiten" selbst begehen, um dann — unter Ableugnung natürlich des künstlichen, des Fälschungscharakters des Anlasses — zum Angriffe zu schreiten.

Konkret: Wenn die revolutionäre proletarische Bewegung die taktisch erforderlichen Handhaben zu ihrer Unterdrückung nicht bietet — sei es aus Gründen der Taktik, sei es aus Gründen des Prestiges —, dann geht, bei hinreichender Dringlichkeit eines Vorgehens gegen die revolutionäre Organisation, der Machtapparat der herrschenden Klasse dazu über, die gewünschten Anlässe mit Lüge, Betrug und Gewalt künstlich zu fabrizieren.

Zu diesem Zwecke gebraucht man skrupellose Verbrechertreaturen, vor nichts zurückschrecken. Die politische Polizei der Bourgeoisie sendet diese in Gestalt jener Geheimagenten, die zum Unterschiede vom gewöhnlichen Nachrichtenspitzel als Lockspitzel, als Agent provocateur dienen.

Wir wollen uns im folgenden absichtlich allein auf Beispiele Westeuropa beschränken, da die russischen Verhältnisse von gegnerischer Seite als nicht maßgebend für uns hingestellt werden.

### 2. Alte Traditionen

Die Sozialdemokratie, die heute für die Finanzierung der Spitzel durch staatlichen Steuergelbern ihre Stimme abgibt und die, wo sie den bürgerlichen Regierungen sitzt, die Spitzel selbst aktiv gegen die Arbeiter verwendet, diese Partei hat einst in ihrer besseren, kampferischen Vergangenheit alle „Freuden" des Lockspitzels schmerzhaft am eigenen Leibe erfahren. Keine wirkliche revolutionäre Klassenkampforganisation kann sich eben absolut gegen Spitzel schützen! Allzu groß sind die Macht- und Geldmittel, die die Bourgeoisie zu diesem Zwecke zu Gebote stehen.

Der Spitzel B., der sich Ende der achtziger Jahre in eine in der Zeit lebende deutsche Sozialistengruppe eingeschlichen hatte, wurde von den Bespitzelten **dadurch zum Geständnis gezwungen,** daß man mit ihm eine Fahrt auf den See hinaus unternahm und ihn dort mit dem Tode des Ertrinkens bedrohte. „Als sie mitten auf dem See angekommen waren, stellten die Ruderer plötzlich die Arbeit ein und der „Verschworene", welcher neben B. saß, sprach mit ernster Stimme: „Freunde, wenn unter uns ein Spitzel wäre, was müßte mit dem geschehen?" B. wurde kreideblesch; als aber alle dafür waren, daß ein solches Scheusal sofort in den See versenkt werden müsse, erklärte er auf Befragen, damit einverstanden zu sein. Wie auf Kommando packten ihn nun sechs Fäuste und schickten sich scheinbar an, diese Prozedur an ihm vorzunehmen. Da gestand er in der Angst alles." (A. Waldeck: Die Entlarvung eines Polizeispitzels. „Berner Tagwacht".)

Der Lockspitzel Ihring, der sich in der Partei Mahlow nannte, wurde bei seiner Entlarvung durch eine gehörige Tracht Prügel zum Eingeständnis seiner Schusterei gezwungen. „Ihring-Mahlow war mitten im Saal und unterhielt sich angelegentlichst mit verschiedenen Parteigenossen. Da teilte . . . der Vorsitzende . . . der aufhorchenden Versammlung mit, daß der Vorstand des Bezirksvereins in einer Sitzung beschlossen habe, das Mitglied Mahlow, angeblich Gürtler, auszuschließen, da dieser Herr der Kriminalbeamte Ihring, Gollnowstraße 36, sei. Nach einer lautlosen Stille ging ein Schrei der Empörung durch den Saal, ein Drängen entstand — und dann sauste Schlag auf Schlag auf den Verräter nieder. Männer, die immer zur Ruhe und Besonnenheit geraten hatten, knirschten vor Wut. „Schuft", „Halunke", das waren die Worte, die sich aus ihren Herzen rangen. Und als der überwachende Beamte den Ihring-Mahlow befreite, da richteten sich Tausende von haßerfüllten Augen auf den Mann, der jetzt, flehentlich um Schutz bittend, sich als Beamter legitimierte. Das war ein Volksgericht, das mit elementarer Wucht ausbrach." (Eugen Ernst: Polizeispitzeleien und Ausnahmegesetze. „Vorwärts"-Verlag, Berlin. S. 65 ff.)

Es ist interessant, Herrn Eugen Ernst, den verflossenen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Berlins, so gegen diejenigen Sünden sich einsetzen zu hören, die er später selbst im reichlichen Maße begangen hat. Ehe die Sozialdemokratie bürgerlich korrumpiert wurde, hatte sie eben, wie wir sehen, zum Lockspitzeltum ein durchaus proletarisches, klassenkämpferisches Verhältnis.

### 3. England läßt sich nicht lumpen

Auf eine „klassische" Lockspitzelei der Vergangenheit — den Kölner Kommunistenprozeß — und auf die deutsche Gegenwart werden wir in einem anderen Aufsatze eingehen. Heute zum Abschlusse nur einen Hinweis auf zwei englische Fälle, die zeigen, daß auch im „urdemokratischen" Groß-Britannien die Bourgeoisie vor den allerwüstesten Fälschungen und Lügen nicht zurückschreckt, wenn es gilt, die revolutionäre Arbeiterbewegung zu bekämpfen.

Im Jahre 1920 wurden in Rußland zur Zeit des Wrangel-Krieges gefälschte „Pravda"-Nummern mit antibolschewistischem Inhalt verbreitet. Diese Zeitungen kamen — obgleich England sich nicht im Kriege mit Rußland befand — auf englischen Kriegsschiffen von England an die baltische Küste. Die Herstellung der Fälschungen erfolgte mit dem Wissen und unter Begünstigung des englischen Auswärtigen Amtes. Die Zeitungen wurden in der Geheimdruckerei von Scotland Yard (der englischen Geheimpolizei) bearbeitet und unter dem Schutze von politischen Geheimagenten befördert. (Nach Eingeständnissen der damaligen englischen Regierung im Unterhause.)

Angeblich bolschewistische Zeitungen, die man selbst fabriziert hatte, sollten also der Bekämpfung des Bolschewismus dienen. Ein angebliches bolschewistisches Dokument, der famose „Sinowjew-Brief", war die saubere Waffe in der letzten antibolschewistischen Kampagne der englischen Bourgeoisie. Da die zahlenmäßig kleine englische KP. Herrn Macdonald leider heute nicht den Gefallen tat, eine „Rote Armee" aufzustellen, halfen geheime Kräfte korrigierend aus. Der gefälschte „Sinowjew-Brief" schwelgte förmlich in der Ausmalung militärischer Maßnahmen, die unsere englischen Genossen zum Teil schon getroffen, zum Teil noch zu treffen hätten. Es war bezeichnend für den bornierten Revolutionshaß Macdonalds, daß er — im Gegensatz zu den Konservativen, die bewußt logen — an die Echtheit dieses albernen Produktes in der Tat eine Zeitlang geglaubt zu haben scheint.

### 4. Die bürgerlichen Richter als Anwälte ihrer Spitzel

Die wenigen angeführten Beispiele zeigen uns klar, mit welchen Mitteln die Bourgeoisie ihre Raubposition schützt. Jedes Verbrechen (Verbrechen selbst im Sinne ihrer eigenen Auffassung) ist ihr recht, wenn sie damit die revolutionäre Arbeiterbewegung treffen zu können glaubt.

Der Spitzel Toisl, der bei der Ermordung seines Kollegen Blau 1919 aktiv beteiligt war, der außerdem, wie das Gericht zugab, bei einem von ihm veranlaßten Raubüberfalle auf den Diamantenhändler Orlowski „notgedrungen die Rolle des Führers" übernehmen mußte, um nicht Verdacht zu erregen und als „Regierungsspitzel" entlarvt zu werden" — er wurde zusammen mit dem Spitzel Schreiber, der den Blau ermordete, vom Landgericht I in Berlin freigesprochen.

„Mangels begründeten Verdachts einer strafbaren Teilnahme" hat das Gericht, das den Aussagen des unvereidigten (!) Toisl „allen Glauben" schenkte, „von der Strafverfolgung des Toisl und Schreiber Abstand genommen". (Denkschrift des Reichsjustizministers über „4 Jahre politischer Mord", S. 26.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250209-13/fragment/page=0005

## Mieter-Generalversammlung

Der Mieterverband Halle hielt am Montag, dem 2. Februar, seine Generalversammlung im „Volkspark“ ab.

Nach eingehendem Bericht des Vorsitzenden, Kollegen Hopf, gab der Beauftragte, Referendar Schnur, den Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß vom 1. April bis Ende Dezember 1924 433 Streitsachen in 922 Terminen behandelt worden sind, die zum weitaus größten Teil im Interesse der vertretenen Mieter beendigt werden konnten.

Der Geschäftsführer Wagner gab den Kassenbericht für 1925. Einer Einnahme von 17 888,82 Mark steht eine Ausgabe von 17 649,19 Mark gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 240,63 Mark in das Jahr 1925 übernommen worden ist. Dem Vorstand und der Geschäftsstelle wurden einstimmig Entlastung erteilt.

Herr Bietz, Weißenfels, hob sodann in seinem Referat die Gefahren der Aufhebung bzw. Lockerung der Zwangswirtschaft hervor. Er betonte, daß nur durch festen Zusammenschluß der Mieter und dadurch mögliche Einwirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften die Lockerung abgewendet werden kann. — Der Zusammenschluß der Großorganisationen in dem Reichsbund Deutscher Mieter bedingte eine Namensänderung des Mieterverbandes. Er nennt sich jetzt

**„Reichsbund Deutscher Mieter, Ortsverein Halle.“**

Eintragung in das Vereinsregister soll baldmöglichst erfolgen.

Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Für vier ausgeschiedene Vorstandsmitglieder wurden vier andere Herren gewählt. Der Vorsitzende ersuchte die Anwesenden, für Werbung neuer Mitglieder Sorge zu tragen, damit der von Kollegen Bietz besprochenen Lockerung der Bestimmungen für Wohnwirtschaft tatkräftig entgegengetreten werden kann.

## Geld- und Gefängnisstrafen für Schwarzmieter

Trotz wiederholter Warnungen in den Tageszeitungen glauben wohnungsuchende Familien noch immer, zum Bezuge von Wohnungen „gegen Abstand“ ohne Genehmigung des Wohnungsamtes berechtigt zu sein. Verlockende Angebote von Wohnungsinhabern und privaten Vermittlungsinstituten für „Inhaber roter Dringlichkeitskarten“ usw., auch die kürzlich unter der Ueberschrift „Aufhebung der Wohnungszwangwirtschaft“ an den Litfaßsäulen erschienene Aufforderung **des Haus- und Grundbesitzervereins** zur Anmeldung freier Wohnungen lassen die irrige Vorstellung aufkommen, als sei tatsächlich eine Vermietung von Wohnungen ohne Genehmigung des Wohnungsamtes angängig. Die Schwarzbezüge haben deshalb in letzter Zeit einen außerordentlichen Umfang angenommen. Fast täglich müssen Zwangsräumungen von solchen irregeleiteten Familien aus widerrechtlich bezogenen Wohnungen durchgeführt werden, ohne daß anderweitig ein auch nur notdürftiges Unterkommen zu beschaffen ist. Die Möbel der Schwarzbezieher werden auf ihre Kosten und Gefahr auf Lager gestellt. Nun soll es diesen Familien noch übler ergehen. Wie aus einer im Anzeigenteil veröffentlichten Bekanntmachung des Magistrats hervorgeht, werden **künftig Schwarzbezieher neben der zwangsweisen Entfernung aus der widerrechtlich bezogenen Wohnung mit Geldstrafen und Gefängnis bestraft.** Auch der Vermieter kommt gegebenenfalls als Anstifter oder Gehilfe in Betracht. Das Wohnungsamt wird in jedem Fall Strafantrag stellen. Danach kann nur erneut davor gewarnt werden, unbenutzte Wohnungen oder andere unbenutzte Räume, die zu Wohnzwecken geeignet sind, ohne besondere Einweisung durch Aushändigung eines Zuweisungsscheines des Magistrats (Wohnungsamt) zu vergeben bzw. zu beziehen.

## Hitler ruft — aber es kommt niemand

Wer erinnert sich nicht der Tage, in denen die Wehrwolf-, Jungdo- und Hitler-Bengels durch die Straßen liefen und mit ihren Knüppeln so etwas wie Terror auszuüben versuchten? Das ist nun vorbei. Seitdem die Finanzen nicht mehr so gut stehen, seitdem es sich nicht mehr lohnt, zu „politischen“ Zwecken Gelder zu sammeln und sie bei Sekt und „Damen“ zu verprassen, sind die Tage der Völkischen auch in Halle gezählt. Nun versuchen einige Führer, die merkwürdigerweise alles andere als germanisch-deutschklingende Namen haben (Max Dupouis, Monte Hobbin), die kärglichen Reste dieses Heldentums um ihre Fahne zu sammeln. Vor allen Dingen macht ihnen die Spaltung ernste Sorge und sie versuchen, die Gräfeaner wieder mit den Hitler-Leuten zu verkuppeln.

Davon legt ein Rundschreiben Zeugnis ab, das die Nationalsozialisten herumgehen lassen, das aber seinen Zweck verfehlt, weil es sich gar nicht mehr verlohnt, die spärlichen Reste der „völkischen Erneuerer“ zu organisieren. In dem Rundschreiben heißt es:

**Hitler ruft!**

Er hat die NS. deutsche Arbeiterpartei wieder errichtet. Wir hoffen von ihr die Erneuerung der Stoßkraft des völkischen Gedankens gegen den Faszismus.

**Alles Anschließen ist selbstverständlich.**

Schwierig liegen die Dinge in Halle, da auf der letzten Zusammenkunft der Freiheitspartei sich herausstellte, daß ein Teil zu von Gräfe und ein sehr erheblicher Teil zu Hitler hält. Es ist also das Erstehen zweier Richtungen unvermeidlich. Soll nun durch die bekannte Feindschaft der Führer der deutschen Freiheitspartei und der bisherigen großdeutschen Volksgemeinschaft, die sich seit gestern der NSDAP. angeschlossen hat, Unerträglichkeiten zwischen den beiden völkischen Richtungen geschaffen werden? Zur Freude der Internationalen?

**Das darf nicht sein! Sie können helfen! Sie können es verhindern!** Sie können dafür sorgen, daß Hitlers Geist der Volksgemeinschaft zuerst im eigenen Hause siegreich ist. Treten Sie mit uns schon jetzt geschlossen zur NSDAP. über. Geschlossen, in möglichst großer Zahl, damit wir eine, wenigstens teilweise Umstellung der neuen Ortsführerschaft erreichen und Frieden halten können. Schicken Sie uns bis Sonnabend, den 7. Februar, die Karte mit Ihrem Jawort zurück, für das Weitere sorgen wir schon.

Max Dupouis. Monte Hobbin.

Gustav-Herzberg-Straße 2.

*

Die ganze Art des Zerfalls der Völkischen ist ein Beweis, nicht etwa für die Zersplitterung der Bourgeoisie, sondern für ihre feste Vereinigung, **für ihren Zusammenschluß in dem Gedanken der Erfüllungspolitik.** Das hatten schon die Wahlen bewiesen. Die gesamte deutsche Bourgeoisie steht einmütig hinter dem Dawes-Gutachten und rüstet sich in geschlossener Front gegen den einzigen Feind dieses Gutachtens zu kämpfen, gegen die Kommunisten.

Die Arbeiterschaft möge ihre Lehre hieraus ziehen. Sie muß sich gegenüber dieser bürgerlichen Front, **zu der auch die Soizaldemokraten gehören,** um das rote Banner der Revolution scharen, **sie muß den Kampf aufnehmen gegen die gesamte bürgerliche Klasse unter der Führung der Kommunistischen Partei.**

## Wie die „Hallesche Zeitung“ den guten Ruf ihres Nächsten einschätzt

Der deutschnationale Rechtsanwalt des Herrn Knoblauch hat es abgelehnt, diesen zu verteidigen. Er sah wohl in ihm so einen zweiten Haarmann. Da tat Herr Knoblauch etwas, was auch die Hohenzollern für gut befunden hatten: er nahm sich einen Rechtsanwalt, der Jude und schwarzrotgoldner Gesinnung ist. Trotzdem ist das Leiborgan des ehrenwerten Herrn Pastor, die „Hallesche Zeitg.“, noch immer von Knoblauchs Sittenreinheit genau so überzeugt, wie das „Volksblatt“ von Barmats lauterer Gesinnung. Und es verschweigt daher sorgfältig die Affäre, um den guten Ruf ihres Nächsten zu schonen.

Wenn dieser Nächste aber weder ein Spritschieber noch ein Pastor ist, sondern ein Prolet, hat die „Hallesche Zeitung“ es nicht so eilig, Namen zu verbergen. Im Gegenteil: **sie behauptet sogar die Unwahrheit, ohne sich weiter um den Tatbestand zu kümmern.** Da standen neulich drei Arbeiter vor Gericht, und es wurde über alles Mögliche dabei geredet, u. a. auch von der Braut des einen Angeklagten. Was schreibt darauf die „Hallesche Zeitung“, das Organ verkrachter Freiherrn und heruntergekommener Pastoren? Diese Frau stände unter Sittenkontrolle. Als der eine Angeklagte darauf die Redaktion der „Halleschen Zeitung“ aufsuchte und Rechenschaft forderte, **mußte man dort zugeben, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort** sei und sah sich gezwungen, eine Berichtigung zu bringen.

Hier ist wieder einmal der Beweis erbracht, mit welcher Skrupellosigkeit die schwarzweißrote Presse darangeht, Proleten zu verleumden. Und gerade die Bürgerlichen werfen mit den größten Steinen, die selbst im Glashaus sitzen.

## In der Strafsache

—23— 3/4 J 1470/24.

Beglaubigte Abschrift.

Gegen die Schriftleiterin Marianne Gundermann aus Halle a. d. S., geboren am 20. August 1902 in Crimmitschau (Sachsen), wegen Beleidigung, hat das Schöffengericht in Halle a. d. S. am 22. Dezember 1924 für Recht erkannt:

Die Angeklagte ist der öffentlichen Beleidigung schuldig und wird deshalb zu einer Geldstrafe von 300 — dreihundert — Reichsmark, an deren Stelle im Unvermögensfalle für je fünf Reichsmark ein Tag Haft tritt, sowie zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Zugleich wird dem Polizeipräsidenten sowie folgenden Polizeibeamten: 1. Polizeioberleutnant Kleiß, 2. Polizeiunterwachtmeister Kurt Gerngroß, 3. Polizeiunterwachtmeister Fritz Voigt, 4. Polizeiunterwachtmeister Heinrich Ulland, 5. Polizeiunterwachtmeister Walter Heyer, 6. Polizeiunterwachtmeister Ernst Thiele, 7. Polizeiunterwachtmeister Gustav Mendyk, 8. Polizeiunterwachtmeister Otto Julius, 9. Polizeiunterwachtmeister Alfred Gabelmann, 10. Polizeiwachtmeister Willy Schulz, 11 Polizeioberwachtmeister Willy Daenecke die Befugnis zuerkannt, den erkennenden Teil des Urteils binnen drei Wochen nach erfolgter Zustellung auf Kosten der Angeklagten durch einmaliges Einrücken im „Klassenkampf“ in derselben Schriftform wie die bei dem den Gegenstand des Verfahrens bildenden Aufsatz gebrauchte und ferner auch durch Aushang im Gebäude des Polizeipräsidiums während einer Dauer von zwei Wochen öffentlich bekanntmachen zu lassen.

Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.

Halle (S.), den 14. Januar 1925.

(L. S.) gez. Otto
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Für richtige Abschrift

Halle, den 6. Februar 1925.

Dubiel
Kriminal-Kommissar.



## Roter Frontkämpfer-Bund

### Roter Jungsturm

Alle Kameraden erscheinen heute abend im „Volkspark“ zur

**Protestkundgebung**

gegen

**die Verhaftung des Kameraden Doll**



## Taten der „Roten Hilfe“

Der „Klassenkampf“ hatte bereits darauf hingewiesen, daß am Sonnabendnachmittag zehn Kinder aus dem Bezirk Halle-Merseburg aus Worpswede zurückerwartet wurden, nachdem sie dort eine längere Zeit zur Erholung verbracht hatten.

Die Kinder trafen pünktlich ¾4 Uhr hier ein und wurden von einigen Genossen auf dem Bahnhof empfangen. **Jedem einzelnen Kinde sah man die Erholung an.** Nachdem die Kinder zuerst in ihre Quartiere geleitet wurden, trafen sie sich am Abend im „Volkspark“ wieder, um hier noch im Beisein des Jung-Spartakus-Bundes und einiger Genossen eine fröhliche Stunde zu verleben. Die kleinen Leidensgenossen vom Jung-Spartakus-Bund sorgten für abwechslungsreiche Unterhaltung. Außer einer kleinen Aufführung aus dem Reiche der unterdrückten Zwerge, die schließlich doch ihre Peiniger bezwangen, wechselten gut gewählt Rezitationen, Gesangsvorträge und Musikstücke in bunter Reihenfolge. Bei manchen Liedern sangen die Erwachsenen spontan mit. Das Lied von dem Pfaffen, der so gerne Frösche verzehrte, sowie das „Vater Unser“ der Kapitalisten fanden besonderen Beifall. Auch die aus Worpswede zurückgekehrten Kinder fanden mit ihren Darbietungen aufmerksame Zuhörer. Dann wurde den Versammelten ein Schiff gezeigt, das von den Kindern in Worpswede unter sachkundiger Leitung angefertigt wurde. Es war ein Meisterwerk im kleinen. Am Bug des Schiffes prangte stolz der Name „Lenin“. Auch sonst merkte man deutlich, daß die kleinen Genossen keineswegs vergessen hatten, daß man ihre Väter in die Gefängnisse gesteckt, teilweise sogar standrechtlich ermordet hatte. Lieder und Rezitationen, die sich auf diese Schandtaten bezogen, wurden mit einer besonderen Innigkeit zu Gehör gebracht, und man konnte instinktiv fühlen, daß dieser kindliche Haß mit den Kindern wächst und durch keinen noch so großen Terror ausgemerzt werden kann. Wehe, wenn diese junge Generation über die herrschende Klasse dereinst zu Gericht sitzt und Rache fordert für die Ermordung ihrer Väter!

Nachdem der Feierabend schon einige Male durch immer neue Darbietungen verschoben war, fanden die fröhlichen Stunden der Kinder erst am späten Abend ihr Ende.

* **Ueberfahren.** Am 6. Februar wurde gegen 12 Uhr mittags vor der Hauptpost ein Tischlermeister von einem Personenkraftwagen überfahren. Der Ueberfahrene erlitt einen Bruch des linken Armes und schwere Verletzungen am Kopfe. Er wurde in bewußtlosem Zustande mit dem Kraftwagen der Klinik zugeführt.

***Berichtigung.** Zu dem am 6. Februar erschienenen Artikel: „Ein Haustyrann“ teilt uns der Hausbesitzer mit, daß die geschilderten Tatsachen nicht der Wahrheit entsprechen. Wir geben dies hiermit bekannt.

## Arbeiter-Sport

**Sportkartell Halle.** Dienstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, Sitzung des Vorstandes und des Technischen Ausschusses. Erscheinen ist Pflicht.

**Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk.** Den Vereinen zur Kenntnis, daß nunmehr eine einfache Zahlung für Sparten bis Kreis stattfindet. Alle Fußballvereine haben laut der letzten Meldeliste pro Mitglied und Jahr 1 Mark bis zum 1. März zu zahlen. Diese Beträge sind nur an die Adresse Otto Eurich, Halle, Paul-Riebeckstift, zu senden. Von hier aus bekommen die einzelnen Instanzen (Bezirksrat, Kreisrat und Spartenkreis) ihren Teil. In diesem Sinne haben die Vereine nur mit einer Stelle zu tun. An Bundesbeiträgen sind pro Vierteljahr auf den Kopf 20 Pf. zu zahlen. Dieser Betrag ist an den Bund nach Leipzig zu zahlen. — Da verschiedene Vereine noch mit ihren alten Gesamtbezirks-Beiträgen (pro Kopf 10 Pf.) im Rückstande sind, müssen sie dies sofort in Ordnung bringen bei Otto Bürger, Halle, Wörmlitzer Straße 8, andernfalls am 22. Februar kein Stimmrecht und ab 23 Februar Spielverbot. Verschiedene Vereine sind noch mit Strafen im Rückstande. Auch hier muß mehr Pünktlichkeit von den Vereinen an den Tag gelegt werden. Alle Vereine und Vertreter, welche Zeitungen von dem Genossen Paul Brode bezogen haben, müssen schnellstens Unterlagen und Quittungen an Eurich abliefern, was sie bis jetzt an Brode gezahlt haben.

## Neues vom Tage

**Vier Kinder verbrannt.** Kürzlich brach im Hause des Schneidermeisters Raad in dem bekannten wendischen Kirchdorf Ostro Feuer aus. Dabei sind vier Kinder Raads, eine Pflegetochter im Alter von 13 Jahren, ein Mädchen von 5 und zwei Knaben im Alter von 3 und 2 Jahren umgekommen. Das zweistöckige Hausgrundstück sowie die danebenstehende Scheune sind bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

**Die Eisenbahnbrücke in Narva eingestürzt.** Bei Arbeiten an der alten Eisenbahnbrücke in Narva brach ein Teil der Brücke zusammen und stürzte in den Narowafluß.

**Ueberall Korruption.** Auf der Braunkohlenzeche „Gustav“ in Dettingen (Main) wurden Unregelmäßigkeiten entdeckt, die zur Verhaftung von sieben Personen führten.


Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.


## Der russische Geiger Soermus in England

„The Daily Herald“ berichtet von dem russischen Geiger Soermus, der von der englischen Regierung wegen bolschewistischer Propaganda aus England ausgewiesen werden soll:

„Soermus ist ein leibhaftiger, echter, russischer Bolschewist!“ hieß es auf dem Programm. Die Zuhörer saßen also erwartungsvoll da. Er kam. Enttäuschung und Befriedigung malten sich auf den Gesichtern. Ein großer breitschultriger Mann mit knochigem traurigem Gesicht und einem prächtigen Kopf, der etwas von der Wildheit eines Löwen an sich hat.

„Meine lieben englischen Brüder und Schwestern“, sagte er mit einem angenehm in die Ohren klingenden Akzent, „ich will Euch etwas von Mozart vorspielen. Mozart hatte viel zu leiden und starb an Entbehrung und Hunger. Aber das Leiden verfeinert den Menschen.“

Er erhob mit zärtlichen Händen die Violine, lehnte einen Augenblick seine Wange gegen sie, schloß die Augen und spielte dann 25 Minuten lang vor atemlosen Zuhörern.

„Als nächstes werde ich Euch etwas auf dem Klavier von Chopin vorspielen“, sagte Soermus lächelnd. Man muß sich in der Wärme dieses strahlenden Lächelns gebadet haben, um zu verstehen, was es bedeutet. Es scheint sich wie ein zartes, mitleidiges Streicheln um das Herz zu legen. Wie Soermus selbst sagte: „Leiden verfeinert den Menschen“, und Soermus hat viel gelitten.

„Chopin“, fuhr er fort, „starb in jungen Jahren an der Schwindsucht. In dieser Musik werdet Ihr ein seltsames Suchen nach Freude bemerken, wie wenn er gern hätte tanzen wollen. Aber weil er die Schwindsucht hatte, konnte er sich seines Lebens nicht freuen. Genau so ist es mit uns Arbeitern. Ich habe in Eurem England wundervolle Talente gehört, aber wie können Männer und Frauen die Kunst voll genießen, wenn sie hungrig sind und ihre meiste Zeit in Dunkelheit und Schmutz zubringen!“

Von Paganini: „Paganini wurde ins Gefängnis gesteckt, und alle Saiten seiner Geige außer einer rissen. Auf dieser einen Saite spielte er Tag und Nacht, und als er aus dem Gefängnis kam und dieser einen Saite wundervolle Melodien entlockte, sagten die dummen Leute, der Teufel spiele in eigener Person. Aber Paganini behauptete, die Melodien kämen aus seinem Kopfe. Genau so ist es mit uns Russen. Dumme Leute sagen, wir sind Teufel in Menschengestalt, aber wir denken nur mehr als die anderen.“

Er erklärt das Lied der Wolgaschiffer: „Dieses Lied wurde von den Leuten gesungen, die die Frachtschiffe auf den russischen Kanälen zogen. Es hat eine traurige Melodie und drückt die Eintönigkeit ihres Lebens aus. Vor der Revolution mußten die Schiffe von Menschen gezogen werden, aber jetzt hat das aufgehört. Sehen Sie, Pferde kosteten eine Menge Geld, und wenn ein Pferd starb, so war das ein großer Verlust, aber wenn ein Arbeitsmann starb ...“

Als am Schlusse enthusiastischer Beifall eine Zugabe erzwang, kehrte Soermus zurück und zeigte sein trauriges, bestrickendes Lächeln: „Ich werde Euch ein altes englisches Lied vorspielen: „Heimat, süße Heimat“ Ich habe kein Heim. Und wenn ich dieses Lied spiele, bitte ich Euch, an alle armen Leute zu denken, die auch hier in Eurem England kein Heim haben.“

Eine Protestresolution gegen die Ausweisung Soermus' wurde einstimmig angenommen. Kein Wunder! Wenn die Ausweisung auf Grund einer solchen Propaganda erfolgt, dann muß sich England schämen. Wer diesem Konzert beiwohnte, nahm den Eindruck eines Mannes von natürlicher Vornehmheit mit nach Hause, eines wundervollen Musikers, eines Mannes, der tiefes Mitleid mit den mit der Not des Lebens kämpfenden Massen und den Wunsch hat, ihnen zu helfen, eines Mannes, der auf jede Weise für seinen Glauben gelitten hat und der von vielen geliebt wird.

## Von der proletarischen Revue

KN. Die Versuche zu einer proletarischen Klassenkampfkunst, die im letzten halben Jahre in Berlin gemacht wurden, waren so zahlreich und mannigfaltig, daß trotz ihres nur sehr teilweisen Geglücktseins ein Zusammenfassender Ueberblick uns mit Hoffnung in die Zukunft schauen läßt.

Auf die Aufführung der „Menschen untereinander“ im Großen Schauspielhaus mit den Tanzvorführungen von Isadora Duncan, wo die Möglichkeiten der neuen revolutionären Kunst in technischer Hinsicht mit heller Deutlichkeit sichtbar wurden, folgte der ungeheuer wirksame Wahlrummel, „die rote Revue“. Die Aufführung der „roten Sinfonie“ von Eduard Meisel Anfang Januar mißglückte, da E. Meisel seine Fähigkeit als Komponist wie als Dirigent erheblich überschätzt hatte.

In den letzten Tagen sammelte sich das Berliner Proletariat zu der neuen Revue, die von der „Künstlerhilfe“ veranstaltet wurde: „Der Sprung ins Parkett.“ Die eigenen Gedichte, die Erich Weinert vorträgt, sind immer wieder eine Quelle echten politischen Humors. Sein erst in diesen Tagen verfaßtes Gedicht „Der rote Feuerwehrmann“ muß als ein Erfolg gebucht werden. Paul Bojanowski sang sehr wirksam ein von Weinert gedichtetes Couplet als Paukensolo über einen Besuch bei Ebert. Außerdem kamen drei Sketsch zur Aufführung, der erste die Gasvision von Becher, in der die Vorbereitung des nächsten Weltkrieges durch den Chemieprofessor (von Fritz Klaus gespielt) zur Gestaltung kommt (Ernst Bringolf fiel dabei als Rezitator sehr stark ab).

Die Sketsche „Die Kunst dem Volke“ und „Die öffentliche Meinung“ sind Versuche, die Verkehrtheit dessen, was die bürgerliche Kunst und Presse dem Publikum vorsetzt, zu geißeln.

Entscheidend ist, daß Lichtbild, Sprechchor und spontane Aeußerungen aus dem Zuschauerraum im Unterschied zu der bürgerlichen „Volksbühne“ eine lebendige Wechselbeziehung zwischen Publikum und Bühne erzeugen (dies soll auch der Titel des Abends: „Der Sprung ins Parkett“, besagen).

Die Truppe der „Künstlerhilfe“ beginnt jetzt ihr erstes Tournee durch einige deutsche Städte. Die verschiedenen Ortsgruppen werden daraus viele Anregungen zur eigenen Arbeit schöpfen können.

Viel Glück dem werdenden aktiven Theater!

### Eine neue Erfindung

Der Ingenieur Bernhard Becker in Nohra bei Weimar, hat einen Dampfkessel erfunden, der eine Umwälzung auf dem Gebiete der Wärmetechnik hervorruft. Der Kessel, der aus einem Röhrensystem besteht, erzielt Leistungen, die ebenso groß sind wie diejenigen eines 200mal so großen Dampfkessels der bisher üblichen Form. Bei dem neuen Kessel wird zerstäubtes Wasser in die Röhren eingeblasen und im Augenblick des Eintretens in Dampf verwandelt. Vor Pressevertretern gelang es dem Erfinder, in einem Versuchskessel vier Minuten nach der Anheizung zwanzig Atmosphären Druck zu erzeugen.


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250209-13/fragment/page=0006